DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

KOMM ZU DEN BESTEN! ***Komm zu uns!*** Seite 15

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 172, Samstag, 4. Mai 2024 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange

EMA: ÜBER 20.000 TOTGESPRITZTE • ÜBER 600.000 SCHWERE NEBENWIRKUNGEN



»Wenn auch nur ein einziger Mensch gestorben ist, weil Sie ihm eine Impfung empfohlen haben«, fragte eine AfD-Abgeordneter den Bundesgesundheitsminister (auf dem Bild) noch übervorsichtig, »was sagen Sie von Angesicht zu Angesicht den Angehörigen dieses Menschen, der sich nur deshalb hat impfen lassen, weil Sie die Impfungen maßlos verharmlost haben?« – Antwort: »Es tut mir Leid.« Foto- und Titelgestaltung: DW/Feuerstacke/Lenz

»ES TUT MIR LEID«

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hat es nun im Bundestag eingeräumt: Die Covid-Spritzen führen zu Verstümmelungen und zum Tod. Viele stecken mit drin, nicht nur sein Amtsvorgänger Jens Spahn (CDU).

Eines der größten bekannten Menschheitsverbrechen begann im Frühjahr 2020. Die große Bürgerrechtlerin, Preisträgerin der Republik und Fachanwältin für Medizinrecht, Dr. Beate Bahner machte nach Ausrufung des Notstandes wegen der vorgeblich größten Seuche aller Zeiten klar: Es ist eine Lüge, ein Bruch mit Verfassung, Menschen- und Völkerrecht. Ab 28. März 2020 entwickelte sich mit der neuen bundesweiten Friedens- und Demokratiebewegung die größte parteiunabhängige Erhebung aus dem Volk in den Jahrhunderten der deutschen Geschichte. Millionen von Menschen finden sich seither täglich und in allen Regionen unseres Landes zu Demonstrationen ein (Seite 6).

Zu den großen Kundgebungen unter dem Stichwort »Querdenken« kamen Millionen Bundesbürger in die Hauptstadt. Doch die damalige CDU-CSU-SPD-Bundesregierung ließ Volk, Presse, Justiz und Aufklärung gnadenlos unterdrücken. Die mittlerweile weltweit berüchtigte Berliner Polizei prügelte unter der »Verantwortung« eines »rot-rot-grünen« Senates sogar schwangere Frauen nieder. Der UN-Kommissar gegen Folter schritt gegen das Regime ein. Ab 17. April 2020 war die erste Ausgabe dieser Wochenzeitung erschienen; sie war ohne Konzerne entstanden, nachdem Journalisten und Kulturschaffende, die sich dem Covid-Putsch nicht unterwarfen, aus ihren Berufen gekündigt wurden – weil sie Zweifel angemeldet hatten. Es folgten Terror, Kontokündigungen und Verfemungen gegen uns.

DIE TOTGESPRITZTEN MAHNEN

Ab Weihnachten 2020 frohlockte dann das Regime unter Gleichschaltung der Konzernmedien, mit der »Impfung« und den Massen-Injektionen sei »die Lösung« da. Vier Jahre später gesteht es nun sogar die Regierung ein, was DW-Leser von Beginn an wissen – und auch laut der EMA-Behörde seit Langem immer klarer wird: Die Injektionen führen zum Tod und zu schweren Nebenwirkungen (der WDR nannte das Anfang 2024 »Verunreinigungen«; DW berichtete). Querdenken? Die teils bis in den Tod verfolgte Opposition, darunter der Buchautor Clemens Arvay und der Musiker Boris Pfeiffer, hatten auf ganzer Linie recht. Die sogenannte Stauffenberg- oder Wirmer-Flagge ist hier auf dem Titel der 172. Ausgabe mit Spritzen stilisiert. Dieses Symbol markierte im Jahr 1944 den Versuch, die »Verrückten« (Zitat Helmut Schmidt, SPD) aufzuhalten und für Deutschland und die Welt zumindest das Allerschlimmste noch abzuwenden – durch massiven Widerstand aus dem Staatsapparat selbst für einen Friedensschluss und Verhinderung von noch schlimmerer Zerstörung. Dieses Pressorgan, der DW, und die neue Friedens- und Demokratiebewegung legen größten Wert auf ihren gewaltlosen, aufklärenden und demokratischen Charakter. Wir klären seit vier Jahren entschlossen auf!

Weiterlesen auf Seite 3

NICHTOHNEUNS.DE

INHALT DW172

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 172. Ausgabe ab Samstag, 4. April 2024. | Redaktionsschluss war am 2. April. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: *demokratischerwiderstand.de*

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange, Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S •M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64



Lies, worum es geht!

Der Preis der Republik geht an Arnulf Knierim

LAUDATIO von Wilhelm Vetter

Man nennt ihn den »Schilderpapst«: Arnulf Knieriem, der mit stolzen 81 Jahren seit dem ersten Corona-Jahr 2020 unermüdlich Demo-Schilder produziert, die längst weit über die Grenzen Berlins hinaus bekannt sind.

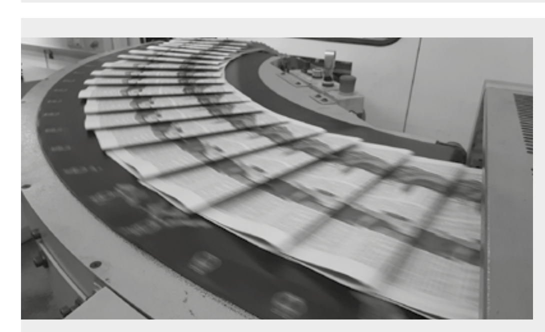
Sein Wochenplan sieht wie folgt aus: Am Montag begleitet er mit seinen Schildern einen Spaziergang in Berlin, am Dienstag und Donnerstag die Aktionen »Menschen mit Schildern« sowie weitere Demos für Frieden, gegen Krieg und Waffenlieferungen, für die Bauern, gegen den WHO-Plandemievertrag. Am Wochenende wird er auch im Einsatz gesehen. Der Fundus an Schildern beträgt aktuell über 200, ein Teil davon ist auf der aktuellen Titelseite #DW172 abgebildet.

Knierim fährt in seinem Kleinwagen zu den Demos, um dann die Schilder an die Tragestangen anzuknoten und aktiv zu verteilen. Er selber demonstriert auch mit – und das im Grunde vielfach. »Lies, worum es geht!« Denn eine Demo ist kein Spielmannszug zur Unterhaltung, sondern will die Menschen informieren und aktivieren. Wie viele Menschenleben wird allein Knierim vor der schädlichen mRNA-Injektion bewahrt haben? Am Ende sammelt Knierim die Schilder wieder ein, verstaut sie feinsäuberlich im Kofferraum, pflegt sie bis zur nächsten Demo und setzt neue Entwürfe um. Der Schlüsselmoment, sich der demokratischen Widerstandsbewegung anzuschließen, war für ihn am 1. April 2020. An diesem Tag saß Arnulf allein am Motzener See im Liegestuhl, wie er berichtete, und wurde von einem »Ordnungshüter« vertrieben. Die Seuche ...

Besonders am Herzen liegt ihm, die prekäre und jugendfeindliche Lage in unseren Schulen zu verbessern. Dass die Eltern nichts unternehmen und das sogenannte Bildungsbürgertum sich einfach feige wegduckt, kann er nicht nachvollziehen. – Wer kennt einen sehr beliebten und aktiven Physik- und Mathematiklehrer? Wir! Die derzeit angesehenste Auszeichnung im Deutschland der Gegenwart geht an Arnulf Knierim, der unseren Dank und unseren Applaus verdient. Herzlichen Glückwunsch zum Preis der Republik!

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN ARNULF KNIERIM. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmenstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz, Uwe Steimle, Miro Wichers, Alex Quint & Thomas Schenk, Prof. Dr. Dr. Christian Schubert, Artur Helios, Jürgen Fliege, Mahnwache Bautzen, Collateral, Helge Spunkt, Milena Preradovic, Jürgen Elsässer, Stefan Homburg, Olli L., Martin Michaelis, Anthony Lee, Claus Weselsky, Martin Müller-Mertens, Ralf Tillenburg, Stella Assange, Colette Bornkamm-Rink, Arne Schmitt, Dr. Almuth Bruder-Bezzel, Dr. Bianca Witzschel, Paul Schreyer, Gordon Pankalla, Robert Farle.



Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Strammes Machtmaterial

EINWURF von Werner Köhne

Und eh man sich's versieht, ist Boris Pistorius von null auf Platz eins der Beliebtheitsliste von Politikern vorgerückt. Wie das?

Als erst vor kurzem inthronisierter Verteidigungsminister kann dieser Rutsch nach oben nicht daran gelegen haben, dass er als Amtsinhaber immer schon über einen veritablen Bonus verfügt, wie das etwa in früheren Zeiten bei der betulichen Riege der bundesdeutschen Außenminister wie Scheel oder Genscher der Fall war. Es trafen hier wohl Komponenten aufeinander, welche diese Aufwertung ermöglichten.

Inzwischen liegt ja über diesem Land der Schatten eines Krieges, getaucht in eine Stimmung von Rüstungswahn und moralischer Entrüstung, die in mancher Hinsicht an das Vorgeplänkel zum ersten Weltkrieg erinnert. In diesem hocherregten Provisorium mit einer Prise Russenhass wirkt Herr Pistorius selbst wie die Inkarnation eines kernigen Machers. Die Wandlung vom Innenminister in Niedersachsen zum Verteidigungsminister verlangte von ihm Schneid und ein in sich stimmiges Konzept von Haltung und markiger Entschlossenheit. Da hat der Boris einiges zu bieten: Gespannte Gesichtszüge signalisieren Kontrolle und forschen Antrieb; das Marschieren entlang der Truppe, die uns TV-Sesselbewohnern das teutonische Stammwort »stramm« in Erinnerung ruft, signalisiert ein unverhohlenes »Jetzt endlich ist da einer, der mal so richtig ...« Mit diesem Geraune positioniert sich Pistorius entgegen seinen Vorgängerinnen als schmissiger Phänotyp der Stunde, der liefert. Nur was am Ende? Mit Hölderlin ließe sich diese Überführung von Normalität in militärische Notwendigkeit so auf sein Profil beziehen: Einmal leben wie ein Kriegsminister. Mehr bedarfs nicht.

Und schon glimmt ein Fünkchen Hoffnung unter den Genossen auf: Mit dieser Lichtgestalt als Kanzlerkandidat ließ es sich eventuell doch noch 2025 schaffen mit dem Machterhalt. – Es ist schon markerschütternd, wie die schnittige Attitüde des Ministers inzwischen alle Diskurse um Krieg und Frieden bestimmt. Und schon hört man Leute sagen: »Der Pistorius, das ist einer; dem steht sogar die olivgrüne Uniform.« Er gibt Halt, wenn die Russen kommen.

Man kann wirklich darüber ins Grübeln kommen, wie simpel sich alles ineinanderfügt. Wer für den Frieden ist, bereitet sich vor auf den Krieg. Pistorius ist inzwischen seine eigene Agenda, der wir gern folgen, wenn Wehrunterricht in den Schulen gefordert wird und Veteranentreffs anberaumt werden. Auf geht's, Kameraden ... Da jubelt die Atlantikbrücke.

ES TUT IHM LEID, ABER...

Fortsetzung vom Titel

»...damals wurde es so empfohlen.« Der Jens-Spahn-Nachfolger im Bundesgesundheitsministerium gesteht ein, dass »im Einzelfall daran gestorben wurde«. Doch allein die EMA-Behörde verzeichnet Totgespritzte ohne Ende. | BERICHT von Anselm Lenz

Auch viele Aufklärungsjournalisten drücken sich bei dem Thema um die finstere Wahrheit: Allein laut der »geschönten« Zahlen der EU-Behörde EMA sind über 20.000 Menschen an den Covid-Injektionen gestorben, über 600.000 schwere Nebenwirkungen aufgetreten, darunter über 15.000 bei Kindern (ema.europa.eu).

Es fällt selbst vielen Aufklärern schwer, die Sache frontal anzugehen. Regierung und Konzernmedien haben systematisch und massenhaft getötet. Warnende Stimmen gab es viele, darunter sind die wichtigsten hier in dieser Wochenzeitung bereits 2020 und 2021 deutlich vorgekommen. Diese Zeitung hatte und hat bundesweite Verbreitung in Auflagenzahlen, die teils größer als die der *Bild am Sonntag* sind. Es kann schlichtweg kein Verantwortlicher behaupten, er habe von nichts gewusst, nichts wissen können, als er die schädliche Injektion sogar zur Pflicht zu machen gewollt hatte.

NIEMAND KANN BEHAUPTEN, ER HABE VON NICHTS GEWUSST

Allein die EMA-Daten sprechen Bände. Die Dunkelziffern liegen noch bei Weitem höher, angenommen werden Vielfache, möglich sind auch Zehnerpotenzen. Jeder kennt jemanden, der einen Verwandten, eine Kollegin oder guten Bekannten an die Nadel verloren hat. Diese Nadel ist mit nahezu allen Mitteln von Konzernmedien wie *SZ*, *Zeit*, *Welt*, *Bild*, *FAZ* und *Taz* beworben worden. Aufklärer und Menschen, die sich dem Wahnsinn nicht unterwarfen, wurden mit den grauenhaftesten Mitteln unter Druck gesetzt, verleumdet, verfolgt und teils in den Tod getrieben (wie der Journalist Clemens Arvay) oder schlicht von Inlandsmilizionären mit Polizei-Aufdruck auf den Jacken totgeprügelt (wie der Demokratieaktivist Boris Pfeiffer) oder verstarben vor der Zeit (wie der Philosoph Gunnar Kaiser).

Doch – oder deshalb – philosophieren viele Kommentatoren lieber zum Thema Partei- en oder zur Wirecard-Affäre des Bundeskanzlers. Was im März 2020 mit einem Ausnahmezustand begonnen hatte, der unser Land in den Bruch mit Menschenrecht und Verfassung brachte, mündete ab 26. Dezember 2020 in den Spritzengenozid. Der gelernte Immobilienhändler und damalige Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) gab am zweiten Weihnachtstag 2020 die erste Spritze frei. Er hinterließ seinem Amtsnachfolger ein Massengrab der Totgespritzten, das dieser mit Begeisterung weiter füllte.

»TUT MIR LEID«

Eben dieser Amtsnachfolger im Bundesgesundheitsministerium ist Karl Lauterbach (SPD), seines Zeichens jahrzehntelanger Berufspolitiker mit Lobby-Anschluss und mehrfach ausgebildeter Pharma-Manager. Dieser gestand nun ein: »Jeder Mensch, der durch eine Impfung einen Schaden genommen hat, ob es nun eine Impfnebenwirkung ist, die leicht ist, eine schwere Impfnebenwirkung oder im Einzelfall auch daran verstorben ist, tut mir Leid, aber in der Summe ist es so, die Impfungen sind damals empfohlen worden von der Ständigen Impfkommission, von den Fachexperten, von der gesamten Wissenschaft. Und es ist derzeit unstrittig, dass die Impfungen Hunderttausenden das Leben gerettet haben. Daher sind die Impfungen ein Segen. Wenn wir die Impfungen nicht gehabt hätten, dann wäre die Corona-Pandemie noch eine viel größere Katastrophe gewesen, als sie ohnedies gewesen ist.«

Ab der Mitte des wörtlichen Zitates beginnt Lauterbach wieder zu spekulieren und zu lügen. Es ist keinesfalls so, dass »die gesamte Wissenschaft« empfohlen wurde, sondern nur von einzelnen von Konzernen und Konzernmedien hervorgehobenen »Impfluenzern«. Auch die sogenannte StiKo wurde von Politik und Konzernmedien eher zum jagen getragen, bremste zum Schluss immerhin die



Karl Lauterbach mit FFP2-Maske bei der Unterzeichnung des Koalitionsvertrags der 20. Wahlperiode des deutschen Bundestags am 7. Dezember 2021 in Berlin. Foto: Sandro Halank/CC

Injektion von Babys und Kleinkindern aus. Eine grobe Lüge Lauterbachs ist, dass die Injektionen »Hunderttausenden das Leben gerettet« habe. Die Corona-Krankheit war ganz einfach der übliche grippale Infekt, der umdeklariert worden war, was diese Zeitung 2020 bereits aufgedeckt hatte.

HINTERBLIEBENE DER TOTGESPRITZTEN VERLANGEN 23 MILLIONEN EURO

Im Gegenteil haben Maßnahmen und Spritzen bereits nach heutigem Stand Hunderttausenden das Leben gekostet. Und jeder, der das genverändernde mRNA-Gift im Körper hat (der *WDR* sprach zuletzt von »Verunreinigungen«) ist vom »plötzlich und unerwarteten« Tod bedroht, denn nach unserem Kenntnisstand können einige Margen des Covid-Giftes dazu führen, dass der menschliche Körper sogenannte Spike-Proteine herstellt, die wie eine Autoimmunerkrankung Immunsystem und Körper angreifen. Aber selbst wenn sich dies nicht bewahrheiten sollte, reicht die Häufung an Herzinfarkten und Schlaganfällen nach der Injektion aus – wie sie etwa die Rettungsdienstexperten der Berliner Feuerwehr nachwiesen (#DW170 vom 13. April 2024, Seite 3), um mit Sicherheit sagen zu können, dass Covid-19 nicht bedrohlicher als die Wintergrippe war und der als Erlösung angekündigte »Impfstoff« ein massenhaft todbringender Giftstoff war – und ist. Lauterbach antwortete am 24. April im Bundestag auf eine Nachfrage eines AfD-Abgeordneten.

Im Interview mit dem Lügenblatt *Taz* hatte Lauterbach noch am 19. Februar 2022 verlautbart: »Wir kämpfen für die Impfpflicht. Die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten will sie. Und sie ist notwendig.« In Großbritannien fordern klagende Familien von Totgespritzten insgesamt 20 Millionen Pfund (umgerechnet rund 23 Millionen Euro) Entschädigung vom Astra-Zeneca-Konzern vor dem Obergericht von England und Wales (High Court). Schon jetzt berufen sich die Anwälte des Gift-Konzerns darauf, dass die Regierung qua Vertrag die gesamte Verantwortung übernommen habe. »Es sieht gerade so aus, dass uns nur die blutige Rache bleiben wird«, so der Hinterbliebene eines Totgespritzten laut *Daily Mail*.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland

2019 2020 2021 2022 2023 2024

Jan.	85.105	84.980	106.803	89.655	99.695	94.989
Feb.	81.009	80.030	82.191	82.781	83.360	86.890
Mrz.	86.739	87.396	81.901	93.872	95.241	
Apr.	77.410	83.830	81.877	86.234	84.926	
Mai	75.669	75.835	80.876	81.889	82.388	
Jun.	73.483	72.159	76.836	79.599	76.973	
Jul.	76.926	73.795	76.704	86.081	75.360	
Aug.	73.444	78.742	86.658	86.507	78.267	
Sep.	71.022	74.243	77.931	81.043	75.627	
Okt.	77.006	79.781	85.080	94.444	84.798	
Nov.	78.378	85.989	93.915	89.028	89.368	
Dez.	83.329	108.792	103.171	115.057	99.590	
insgesamt	939.520	985.572	1.023.687	1.066.341	1.025.593	181.879

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

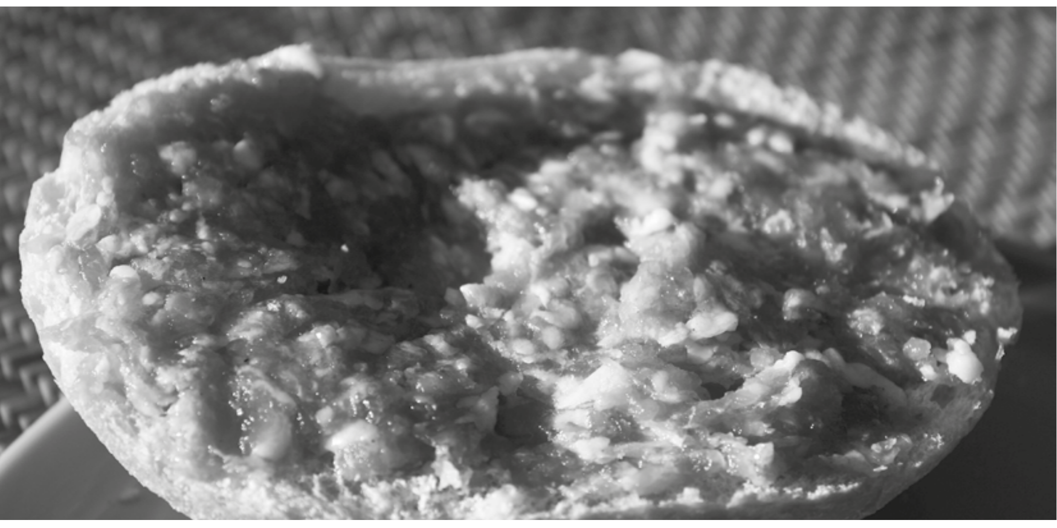
Das »Mettbrötchen« träumt von einer Diktatur

Und Habeck kann nicht mal rechnen – Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, in Zeiten wie diesen ist es umso wichtiger, dass wir uns unsere gute Laune nicht nehmen lassen. Deshalb gestatten sie mir diese Woche zunächst einen Witz, den »Medienfuzzi« Oliver Brendel am 30. April auf Telegram verbreitete: Annalena Baerbock und Robert Habeck sind aus dem Bundestag ausgebrochen und übernachten im Wald. Plötzlich singt eine Nachtigall. »Hörst du«, sagt Habeck, »das war eine Forelle.« Baerbock bekommt einen Lachkrampf und meint: »Du bist doch bekloppt. Eine Forelle! Jetzt mitten in der Nacht!«

So lustig der Witz ist, das Schlimme daran: Einen Dialog wie diesen könnte man bei den beiden definitiv nicht gänzlich ausschließen. Habeck bewies am Dienstag bei *Markus Lanz*, dass er noch nicht mal einfachste Prozentrechnung draufhat: Bei einer Preissteigerung von 15.000 Euro auf 20.000 Euro sei ein Auto »ein viertel Prozent, ähm, also 25 Prozent teurer«. Dem ist offenbar gar nichts mehr peinlich. Noch schlimmer: Mit Witzen über die grüne Sekte gerät man in diesen Zeiten offenbar ins Visier des Verfassungsschutzes. Ein Mitarbeiter der Behörde, der aus verständlichen Gründen anonym bleiben will, erklärte nun gegenüber *Bild*: »Wir sollen Leute beobachten, die schlechte Witze über Grünen-Politiker machen. Und für Islamisten fehlen dann die Mitarbeiter und die Zeit.« Nun ja, man muss eben Prioritäten setzen. Von Witze-Erzählern geht doch definitiv eine höhere Gefahr für die Demokratie aus als von Islamisten, die einen Kalifat fordern. Zum Glück aber ist obiger Witz alles andere als schlecht.

Kommen wir von der Forelle zu Mario »Mettbrötchen« Voigt. Im *ARD-Talk Hart aber fair* am Montag erklärte er, was er unter Brauchtümer in Bezug auf die Leitkultur verstehe. Seine Antwort: Bratwurst – und als »gelebte Integration in Thüringen« nennt er einen Aufback-Döner. Komischer Vogel, erzählt nur Gehacktes. Ich befürchte, er hat seit dem TV-Duell mit Björn Höcke (AfD) einfach zu viel Mett gegessen. Andererseits: Auch vorher fiel der CDU-Mann schon mehrfach mit Peinlichkeiten auf, wie das jüngste *Horizont*-Video anschaulich belegt: Während der Plandemie forderte Voigt einst, dass »Impfverweigerer« höhere Krankenkassenbeiträge zahlen sollen als »Geimpfte«. Im Juni 2022 sprach er plötzlich davon, dass man Sorgen und Nöte der Menschen ernstnehmen solle und forderte Selbstverantwortung. Aber die Leute, die die Gesellschaft spalten wollen, sollten an den Rand gedrängt werden, so Voigt. Ob er damit sich selbst meinte?

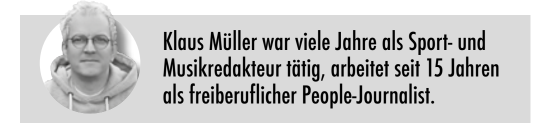

Es hat seine Unschuld verloren: Wer denkt beim Anblick dieses Mettbrötchens nicht sofort an CDU-Mann Mario Voigt? Dieser fabulierte nun auch noch über Bratwurst und Aufback-Döner und offenbarte zudem ein seltsames Demokratieverständnis. Aber Höcke als »autoritär« bezeichnen ... Foto: Nize by Nicolai Schäfer/Wikimedia Commons

In einer Landtagsrede hatte er Tage vor seinem blamablen *Talkshow*-Auftritt im Kampf gegen vermeintliche Desinformation eine Klarnamenpflicht im Internet sowie – China und das Sozialkredit-System lassen grüßen – »verwirkbare *Social-Media*-Lizenzen für jeden Nutzer« gefordert, denn »Gefährder« hätten im Netz nichts verloren. Mit Gefährder meint er wohl Menschen, die nicht den gängigen Narrativen folgen und sich gegen das linksextreme Altparteienkartell stellen. Björn Höcke nahm die Steilvorlage dankend an. Auf Telegram *postete* er: »Erinnern Sie sich an mein Streitgespräch bei *Welt-TV*, bei dem der Chef der Thüringer CDU mit gekünstelter Verve schrie: ›Ich bin demokratisch, Sie sind autoritär!‹ Was Mario Voigt unter ›Demokratie‹ versteht, zeigte er im Landtag ...« Wohl wahr! Und in normalen Zeiten wäre Voigt jetzt ein Fall für den Verfassungsschutz. Aber im Deutschland der Gegenwart wird er stattdessen vermutlich bald mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Der totalitäre Vorschlag Voigts wurde von den *Mainstream*-Medien weitestgehend totgeschwiegen. Aber wen wundert das noch in Anbetracht solcher »Leuchten« wie Daniela Amann. Die Frau vom *Spiegel* behauptete bei *Maybrit Illner* doch tatsächlich, dass es gegen EU-Kommissionspräsidentin Uschi Leyen keine Ermittlungen in Zusammenhang mit unlauteren Geschäften bei der Beschaffung der Pfizer-Spritzstoffe geben würde. Das sei »verleumderischer Unsinn«. Am nächsten Tag musste sie dann kleinlaut auf X zugeben: »Tatsächlich war das ein bedauerlicher Fehler von mir: Es gibt staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen Ursula von der Leyen.« Das stehe so im »*Faktencheck*« zur Sendung – »und wurde auch von *Der Spiegel* ausführlich berichtet.« Da kennt wohl jemand sein eigenes Lügenblatt nicht, was? Wie sagte doch Beatrix von Storch (AfD) bereits 2021: »Relotius ging – aber Melanie Amann macht weiter.«

Dazu passt: In Österreich will die SPÖ jungen Menschen unter 30 Jahren Zeitungsabos von Systemmedien schenken. Der Staat solle die Kosten von bis zu 150 Euro pro Jahr übernehmen. Da haben wir es mal wieder: Politik und Lügenpresse machen völlig offen und ganz ungeniert gemeinsame Sache. Die herzerfrischende Begründung für die Gratisaktion lieferte SPÖ-Chef Andreas Babler gleich mit: Damit solle der Verbreitung von *Fake-News* Schranken gesetzt werden. Man will also *Fake-News* mit kostenlosen *Fake-News* bekämpfen. Eine geniale Idee! Man könnte auch allen Bürgern jeden Tag einen gratis Kasten Bier vor die Haustüre stellen, um damit dem Alkoholismus den Kampf anzusagen. Mensch, sind die irre.

Auch die Hauptnachrichten von *ARD* und *ZDF* glänzten in diesen Tagen einmal mehr: Während sie die brisanten AKW-*Files*, die vom Magazin *Cicero* enthüllt wurden (DW berichtete), zunächst völlig ignorierten, berichtete etwa die *Tagesschau* lieber über eine Eintrittsgebühr in Venedig in Höhe von 5 Euro und über Wale in Australien. Und Tage zuvor fabulierte sie in Anbetracht des EU-Klimaberichts 2023 mal wieder über »mehr Hitzetote«. Professor Stefan Homburg kommentierte auf X sehr treffend: »Volksverdummung pur nach dem Motto: Wenn die (Zuschauer/Anm. d. Red.) an PCR-Tote glauben, dann auch an Klimatote.« Dem ist nichts hinzuzufügen.


Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.

»Kriegstreiberin!«

Formalbeleidigung oder Meinungsfreiheit gegen die Rüstungslobbyistin Strack-Zimmermann?
BERICHT von Rechtsanwalt Gordon Pankalla

Nach Angaben des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* stellt die FDP-Politikerin Agnes Strack-Zimmermann monatlich 250 Strafanzeigen gegen ihre Kritiker. Bei der Beurteilung dieser Fälle, die sich ganz überwiegend auf Äußerungen auf der Plattform X (früher Twitter) beziehen, kommt es darauf an, ob es sich bei den Äußerungen um eine sogeannte Schmähkritik oder eine Formalbeleidigung handelt, oder ob die Aussagen der Meinungsfreiheit nach Artikel 5 Grundgesetz unterfallen.

Regelmäßig stellt Frau Agnes Strack-Zimmermann zunächst Strafanzeige, um anschließend vor dem Zivilgericht auch noch Schmerzensgeld einklagen zu können. Nun stand am 29. Mai 2024 eine meiner Mandantinnen in Düsseldorf vor dem Strafgericht, weil diese Strack-Zimmermann als eine »Kriegstreiberin« bezeichnet hatte. Das Verfahren endete mit einem Freispruch, weil es sich bei der Bezeichnung um eine Äußerung im politischen Meinungskampf gehandelt hatte.

In einem weiteren Verfahren vor dem Landgericht Mainz geht es um die Bezeichnung als eine »widerliche korrupte Kriegstreiberin«. Dies ging dem Landgericht Mainz zu weit. Die Äußerung der Antragstellerin stellt sich im vorliegenden Fall, in dem sie in einem völlig davon losgelösten Kontext geäußert wird, jedoch nicht mehr als zulässige, überspitzte Kritik an den Mitgliedschaften der Antragsgegnerin in der Deutschen Atlantischen Gesellschaft, dem Förderkreis Deutsches Heer und der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik dar.

Das Mainzer Landgericht sah diese Äußerung jedoch nicht als generell unzulässig an, sondern insbesondere nur deshalb, weil die Äußerung in einem Zusammenhang gefallen war, die mit dem Thema Krieg nichts zu tun hatte. Die Äußerung wurde nämlich als Reaktion auf einen *Tweet* von Frau Strack-Zimmermann zur Wahlrechtsreform sowie der Positionierung einzelner politischer Parteien zu diesem Gesetz abgesetzt und hatte daher nichts mit einer Diskussion zum Thema Waffenlieferungen zu tun.

Generell gilt: Weichenstellend für die Prüfung einer Grundrechtsverletzung ist die Erfassung des Inhalts der beanstandeten Äußerung, insbesondere die Klärung, in welcher Hinsicht sie ihrem objektiven Sinn nach das Persönlichkeitsrecht des Betroffenen beeinträchtigt. Ziel der Deutung ist die Ermittlung des objektiven Sinns einer Äußerung. Maßgeblich ist daher weder die subjektive Absicht des sich Äußernden, noch das subjektive Verständnis des von der Äußerung Betroffenen, sondern der Sinn, den sie nach dem Verständnis eines unvoreingenommenen und verständigen Publikums hat.

SCHMÄHKRITIK ODER ERKENNBARE ÜBERSPITZUNG

Die Bezeichnung als Kriegstreiberin ist aus Sicht des Durchschnittslesers erkennbar darauf gerichtet, dass das Verhalten der Antragsgegnerin von der Antragstellerin in eine bestimmte Richtung hin gewertet wird. Der Durchschnittsleser entnimmt der Wertung der Antragstellerin, dass die Antragsgegnerin gegenüber Kriegen eine

Weiterlesen auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

bestimmte – gegebenenfalls befürwortende – Position einnimmt, wobei dies aus der Sicht des Durchschnittslesers erkennbar überspitzt ist. Bei der Bezeichnung als Kriegstreiberin musste die Antragstellerin auch nicht diejenigen Tatsachen mitteilen, auf die sie ihre Bewertung möglicherweise stützt (vgl. BGH, NJW 1974, 1762).

Ob eine Persönlichkeitsrechtsverletzung vorliegt, ist aufgrund einer Abwägung des Rechts der Antragsgegnerin auf Schutz ihres Persönlichkeitsrechtes nach Art. 1, 2 Abs. 1 GG mit dem in Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG verankerten Rechts der Antragstellerin auf Meinungsfreiheit zu entscheiden. Denn wegen der Eigenart des allgemeinen Persönlichkeitsrechts als Rahmenrecht liegt seine Reichweite nicht absolut fest, sondern muss erst durch eine Abwägung der widerstreitenden grundrechtlich geschützten Belange bestimmt werden, bei der die besonderen Umstände des Einzelfalls sowie die betroffenen Grundrechte und Gewährleistungen der europäischen Menschenrechtskonvention interpretationsleitend zu berücksichtigen sind.

Der Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht ist nur dann rechtswidrig, wenn das Schutzinteresse des Betroffenen die schutzwürdigen Belange der anderen Seite überwiegt (Bundesgerichtshof; BGH-Urteil vom 20. April 2010 – VI ZR 245/08 – juris, Rand-Nr. 12 mit weiteren Nachweisen). Welche Maßstäbe für diese Abwägung gelten, hängt grundsätzlich vom Aussagegehalt der Äußerung ab, also von deren Einstufung als Tatsachenbehauptung oder Meinungsäußerung. Diese Unterscheidung ist deshalb grundsätzlich geboten, weil der Schutz der Meinungsfreiheit aus Art. 5 Grundgesetz (Seite 16 jeder DW-Ausgabe) bei Meinungsäußerungen regelmäßig stärker ausgeprägt ist als bei Tatsachenbehauptungen (BGH, Urteil vom 5. Dezember 2006 – VI ZR 45/05 – juris, Rand-Nr. 14 m.w.N.). Bei wertenden Äußerungen treten die Belange des Persönlichkeitsschutzes gegenüber der Meinungsfreiheit grundsätzlich zurück, es sei denn, die in Frage stehende Äußerung stellt sich als Schmähkritik oder Formalbeleidigung dar.

Dies bedeutet: Äußerungen, die einfach nur dazu gedacht sind, eine Person fertig zu machen und diese in ihrer Ehre herabzusetzen, sind grundsätzlich nicht erlaubt. Äußerungen, die aber in einem politischen Meinungskampf getätigt werden, wie auch »Kriegstreiberin«, sind erlaubt, aber auch nur dann, wenn es um eine Diskussion in der Sache geht. In dem Mainzer Fall war dies nach Ansicht des Landgerichts Mainz nicht so, da es hier nicht um das Thema Krieg ging, sondern um die Wahlrechtsreform. Der Beschluss aus Mainz hat trotzdem positive Aspekte, denn erstens stellt das Gericht klar, dass das Landgericht für diese Streitigkeiten zuständig ist, da der Streitwert mit über 5.000 Euro zu bemessen ist, was ich auch ständig beim Amtsgericht in Rheine vorgetragen habe und dort bisher auf taube Ohren gestoßen ist und zweitens, dass ein Schmerzensgeld in Höhe von 600 Euro für die Aussage »widerliche korrupte Kriegstreiberin« als überzogen angesehen wird – angemessen sei aber ein Schmerzensgeld in Höhe von 200 Euro.

Wichtig ist im politischen Meinungskampf auf sozialen Netzwerken also: Bleiben Sie sachlich! Sie können zwar hart in der Sache diskutieren, aber sparen Sie sich dabei Kraftausdrücke, die als Formalbeleidigung bewertet werden – Sie wollen ja selbst auch nicht mit Schimpfwörtern überzogen werden! Bevor Sie also in der Emotion zurückschreiben, lehnen Sie sich zurück und überlegen genau, was Sie meinen und wie Sie dies auch sachlich zum Ausdruck bringen können – dann bekommen Sie auch keinen gelben Brief vom Gericht.



Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.



ÄRZTLICHE RISIKOAUFKLÄRUNG BEI COVID-INJEKTIONEN

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Prof. Dr. Martin Schwab

Am 18. Februar 2023 (Aktenzeichen: Wo 1 O 65/22), wies das Landgericht Heilbronn die Schadensersatzklage einer Auszubildenden zur Altenpflege ab. Diese war kurz nach der zweiten BioNTech-Injektion schwer erkrankt. Die Klage hatte sich gegen die Ärztin gerichtet, die ihr die beiden Injektionen verabreicht hatte. Eine Nachlese.

Nach der zweiten Injektion im Februar 2021 litt die Klägerin an schweren Schäden im Bereich ihres Nervensystems. Bereits einen Tag nach der Injektion war deswegen eine mehrtägige stationäre Behandlung erforderlich gewesen. Arbeitsfähig ist sie bis heute nicht. Die Klägerin hatte das offizielle Aufklärungsmerkblatt, also offenbar jenes, das vom RKI herausgegeben worden war, sowie einen Anamnesebogen ausgehändigt bekommen.

Auf dem Anamnesebogen hatte die Klägerin angekreuzt, keine weiteren Fragen zu haben. Sie hatte aber nicht angekreuzt, auf das ärztliche Aufklärungsgespräch zu verzichten. Das Gericht sah es zudem als erwiesen an, dass die Klägerin unmittelbar vor der Injektion Gelegenheit gehabt habe, der beklagten Ärztin Fragen zu stellen, davon aber keinen Gebrauch gemacht habe. Im Zentrum der Entscheidungsgründe stand die Frage, ob die Klägerin von der beklagten Ärztin ausreichend aufgeklärt worden sei. Das LG Heilbronn hält zunächst die Rechtsprechungsgrundsätze zu Routineimpfungen fest: Bei ihnen genügt es, wenn der Patient schriftlich aufgeklärt wird, was auch in Form von Merkblättern geschehen kann, und dann Gelegenheit bekommt, vor der Impfung mündlich Rückfragen zu stellen.

Sodann räumt das Gericht ein, dass es sich bei der COVID-Injektion nicht um eine solche Routineimpfung handelt. Gleichwohl seien die dafür geltenden Grundsätze hierher übertragbar:

- Die klinischen Prüfungen hätten eine hohe Wirksamkeit versprochen. Die Grundstimmung in der Bevölkerung gegenüber der COVID-Injektion sei positiv gewesen. Millionen Menschen hätten sich allein im ersten Halbjahr 2021 dafür entschieden.

- Es sei logistisch nicht zu leisten gewesen und hätte die Impfkampagne wesentlich verzögert, wenn man in jedem Fall ein persönliches Aufklärungsgespräch verlangt hätte.
- Aufgrund des hohen Informationsstandes in der Bevölkerung und der hohen Impfbereitschaft habe die Beklagte davon ausgehen dürfen, dass die Klägerin auf eine zusätzliche mündliche Erläuterung der Risiken keinen Wert lege.

Indes: Die Bevölkerung war *nicht* gut informiert. Beispiele:
1. Entgegen der Information im damaligen Aufklärungsbogen baut sich nach die mRNA *nicht* nach wenigen Tagen ab. Es wird nach wenigen Tagen die Spike-Produktion *nicht* eingestellt. Gegenteilige Forschungsergebnisse sind sowohl bei Gebauer/Gierhake, NJW 2023, 2231 Rn. 24 mit Fn. 26 als auch bei Cullen et al. in einem Gastbeitrag im *Cicero* vom 7. Oktober 2023 dokumentiert.

2. Nicht alle Chargen haben das gleiche Risikoprofil. Für die BioNTech-Injektion ist dies nachgewiesen bei Schmeling et al., Batch-dependent safety of the BNT162b2 mRNA COVID-19 Vaccine, DOI: 10.1111/eci.13998. Wegen der unterschiedlichen Farbgebung in den einzelnen BioNTech-Chargen versuchen fünf Chemie-Professoren seit Januar 2022, beim PEI Informationen über die Zusammensetzung jener Chargen abzufragen – bisher erfolglos.

3. Zwar ist im damaligen Aufklärungsbogen vermerkt, es sei nicht sicher, inwieweit die Injektion vor der Weitergabe an Dritte schütze. Am 18. Oktober 2023 schrieb indes die EMA an den EU-Abgeordneten Marcel de Graaff, die COVID-Injektionen seien für den Fremdschutz noch nicht einmal zugelassen! Das hätte mit dieser Deutlichkeit auch im Aufklärungsbogen stehen müssen. Denn der Inhalt des Zulassungsbescheids war schon damals bekannt.

4. In der Öffentlichkeit völlig unbekannt war damals, dass das Herstellungsverfahren für die vermarkteten Injektionen ein anderes war als das für die von der EMA zugelassenen Injektionen.

5. Die Patienten hätten darauf hingewiesen werden müssen, dass die Injektionen nur bedingt zugelassen waren (ebenso Gebauer/Gierhake NJW 20ß23, 2231 Rn. 9).

6. Die angebliche Wirksamkeit von 95 Prozent repräsentiert die relative Impfeffektivität. Die BioNTech-Zulassungsstudie (Polack et al, Safety and Efficacy of the BNT162b2 mRNA Covid-19 Vaccine, DOI: 10.1056/NEJMoa2034577) wies unter den jeweils etwas mehr als 18.000 Probanden in der geimpften Gruppe 8 und in der Placebo-Gruppe 162 Infizierte aus. 154 von über 18.000 geimpften Probanden hatten danach also einen Schutz, den sie ohne die Injektion nicht gehabt hätten. Das ergibt eine absolute Impfeffektivität von unter 1 Prozent. Auch das hätte offengelegt werden müssen.

Verstörend wirkt der Hinweis des Gerichts, der Fortschritt der Impfkampagne sei gefährdet gewesen, wenn man in jedem Einzelfall ein individuelles Aufklärungsgespräch verlangt hätte. Diese Argumentation läuft auf die These hinaus, das Informationsinteresse des Einzelnen habe hinter einem wie auch immer definierten Gesamtinteresse zurückzutreten. Individuelle Gesundheit darf man aber nicht gegen kollektive Gesundheit abwägen!

MELDUNG

BÜRGER SOLLEN IN KLEINERE WOHNUNGEN ZIEHEN

Berlin/DW. Totalitäre Pläne: Der Chef des Umweltbundesamtes, Dirk Messner, erklärte in einem Interview mit der *Neuen Osnabrücker Zeitung*, dass sich die Deutschen mit kleineren Wohnungen anfreunden sollen. Grund: Natürlich der Klimaschutz. Auf Neubauten sollte verzichtet werden und Bürger, die in »viel zu großen Wohnungen« leben, besser in kleinere Unterkünfte ziehen. (kmü)

GRÜNE WOLLEN AFD BEKÄMPFEN

Berlin/DW. Weil die AfD bei Jugendlichen immer beliebter wird, fordert Kai Gehring (Bündnisgrüne), entsprechende Gegenmaßnahmen. »Alle 16 Lehrpläne der Länder brauchen einen *Check* und ein *Update*, wie unter anderem über das Scheitern der Weimarer Republik, die Machtergreifung Hitlers, den Holocaust und die Gräueltaten der NS-Diktatur unterrichtet wird«, erklärte er gegenüber der *Neuen Osnabrücker Zeitung*. Eine Studie hatte ergeben, dass 22 Prozent der 14- bis 29-Jährigen die AfD wählen würden, was eine Verdopplung innerhalb nur eines Jahres darstellt. Wie *Apollo-News* berichtet, fordert der Landesvorstand der Grünen in Sachsen-Anhalt im Vorfeld des Landesparteitags in Magdeburg zudem die Einrichtung einer bundesweiten *Taskforce* in staatlichen Institutionen, um ein Verbot der AfD vorzubereiten. (kmü)

AFD IN THÜRINGEN STABIL

Erfurt/DW. Trotz angeblich sinkender Umfragewerte bundesweit, bleibt die AfD laut einer aktuellen Insa-Umfrage in Thüringen stabil und liegt als stärkste Partei mit 30 Prozent klar vor der CDU (20 Prozent), der Linken und dem BSW (jeweils 16 Prozent). Die Ampel-Parteien sind weiter klar abgeschlagen: SPD (7 Prozent), Grüne (5 Prozent), die FDP bedarf keiner Erwähnung mehr. (kmü)

HAUSDURCHSUCHUNG BEI DANIEL LANGHANS

Pfaffenhofen/DW. Ein Regimetrupp aus Neu-Ulm hat am 23. April 2024 die Wohnung des ehemaligen Ulmer OB-Kandidaten Daniel Langhans in Pfaffenhofen durchsucht. Dabei wurden u. a. Mobiltelefone, ein *Laptop* und weitere Datenträger sichergestellt. Bereits im vergangenen Jahr war Langhans, der auf zahlreichen Corona-Demos als Redner auftrat, wegen vermeintlicher Verharmlosung des Holocausts zu einer Geldstrafe in Höhe von 5.400 Euro verurteilt worden, weil er in einer Rede Ärzten vorgeworfen haben soll, dass sie mit der sogenannten Impfung »hinterhältige Todesspritzen« verabreicht hätten. Die erneuten Ermittlungen sollen seit März 2024 laufen. Grund: Im Dezember 2023 soll Langhans per *Messenger*-Dienst die Corona-Spritzenkampagne mit dem in den KZs begangenen Völkermord des NS-Regimes verglichen haben. (kmü)



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
DRESDEN: Montag 19.00 • MDR Regional • Kulturpalast
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus • Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media Docks • Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHÄRDING – A: Dienstag 19.00 • Bezirksrundschau • Schiffsanlegestelle
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
UFHUSEN - CH: Freitag 18.45 • SRF Regional • Vortrag Ricardo Leppe
WIESBADEN: Samstag 19.30 • Wiesb.Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
ZELTWEG – A: Montag 18.00 • Steirer Kronenzeit. • Hauptstr. 16

IMMER MONTAGS!

AALEN, 18:30 Uhr, Marktplatz Aalen – ADLKOFEN, 18:30 Uhr, am Rathaus – ALFDORF, 18 Uhr, am Rathaus – ALTLANDSBERG, 18 Uhr, am Rathaus – BAD BERGZABERN, 18:30 Uhr, am Schloss – BAD FRANKENHAUSEN, 18 Uhr, am Parkplatz Therme – BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – CLOPPENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – COTTBUS, 18 Uhr, an der Stadthalle – CRAILSHEIM, 18 Uhr, am Volksfestplatz – DARMSTADT, 18 Uhr, am Luisenplatz – DENKENDORF, 18 Uhr, am Rathaus – DETTENHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – ECKERNFÖRDE, 18 Uhr, an der Holzbrücke am Hafen – EICHSTETTEN, 18 Uhr, am Rathaus – ELLERAU, 18 Uhr, am Bürgerhaus – FEUCHTWANGEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – FLAMMERSFELD, 18 Uhr, am Verbandsgemeindehaus – GANGKOFEN, 19:30 Uhr, am Rathaus – GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm – HARTENSTEIN, 19 Uhr, am Markt – KLECKEN, 18 Uhr, am Rewe Parkplatz – KUPPENHEIM, 18 Uhr, am Rathaus – LADENBURG, 18 Uhr, am Marktplatz – LAICHINGEN, 19 Uhr, am Marktplatz – TAMM, 18 Uhr, am Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 4.5.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 4.5.2024 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 4.5.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 4.5.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 4.5.2024 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 4.5.2024 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 4.5.2024 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 4.5.2024 11-13 Uhr	Minden, an der Martinitreppe beim Rathaus	Demo
Sa, 4.5.2024 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 5.5.2024 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
So, 5.5.2024 13-18 Uhr	Rostock, Platz der Freiheit	Demoaufzug
Mo, 6.5.2024 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz7.20	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 6.5.2024 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee - am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 6.5.2024 18-20 Uhr	Berlin, Wilmersdorferstr./Stuttgarter Platz	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 6.5.2024 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 6.5.2024 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 6.5.2024 19-20 Uhr	Cham in Bayern, Florian-Geyer-Brücke	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 6.5.2024 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 6.5.2024 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr. 13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 6.5.2024 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 6.5.2024 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-19 Uhr	Erkner, Friedrichstr./Ecke Kirchweg	Umzug
Mo, 6.5.2024 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 6.5.2024 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 6.5.2024 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-19 Uhr	Höxter, Weserstr. 11	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18:30-19:30 Uhr	Jena, am Markt	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 6.5.2024 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 6.5.2024 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-19 Uhr	Melsungen, Am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-19:30 Uhr	München, Stachus	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18:30-21 Uhr	Neubrandenburg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 6.5.2024 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 6.5.2024 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 6.5.2024 18-20 Uhr	Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 6.5.2024 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-19 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 6.5.2024 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 6.5.2024 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 6.5.2024 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 6.5.2024 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 6.5.2024 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 6.5.2024 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 7.5.2024 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 7.5.2024 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 7.5.2024 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 7.5.2024 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 7.5.2024 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 8.5.2024 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 8.5.2024 17-19 Uhr	Landshut, Martinikirche	Andacht
Mi, 8.5.2024 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 8.5.2024 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 8.5.2024 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 8.5.2024 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 8.5.2024 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 8.5.2024 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 8.5.2024 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 8.5.2024 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 9.5.2024 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 9.5.2024 18-20 Uhr	Bebra, Rathausmarkt	Spaziergang
Do, 9.5.2024 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 9.5.2024 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 9.5.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 9.5.2024 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 9.5.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 9.5.2024 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 9.5.2024 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 9.5.2024 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 10.5.2024 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 11.5.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 11.5.2024 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 11.5.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 11.5.2024 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 11.5.2024 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 11.5.2024 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 11.5.2024 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 11.5.2024 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Mi, 5.6.2024 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Sa, 3.8.2024	Berlin, Siegessäule	GROßDEMO

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de • NEWSLETTER ABONNIEREN



ntv VIDEO • LIVE-TV

Der Tag

Spahn: Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen darf kein "Querdenkergerichtshof" werden

22.04.2024, 18:21 Uhr

Artikel teilen Folgen auf:





Der frühere Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) laut dem Konzernmedium NTV am 22. April. Foto: DW-Bildschirmfoto/n-tv.de

Ab 2. August 2024 ist es so weit: Der Querdenkergerichtshof wird eröffnet. Erwartet werden Hunderte von persönlich vorgetragenen Klagen gegen das Lügen- und Kriegstreiberregime.

Die Macher dieser Zeitung sind durchaus gerichtsfest. Mit der Autorengruppe »Haus Bartleby« organisierten Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz bereits 2015 und 2016 einen Gerichtshof. Hintergrund war die sich immer klarer abzeichnende Krisenhaftigkeit des ökonomischen Systems und deren direkte Folgen in den Leben der Menschen – sowie die immer haltlosere Kritik der vermeintlichen »Linken« daran, die zunehmend in Themen der privaten Lebensführung, Ernährungstipps, Sexualität und Trends degenerierte. Dabei war in den Jahren 2007 bis 2009 der Finanzmarktkapitalismus praktisch zusammengebrochen. Doch niemand schien seriöse Antworten darauf zu haben – außer »Sex and Crime« oder »totaler Aufstand«. Geht es auch friedlich, fair und sinnvoll?

Wir wollten wissen: »Was genau empfinden Sie aus dem eigenen Leben im und Erleben des ökonomischen Systems als unerträglich? Und wie würden Sie dies in eine Anklage übersetzen, zu der ein Urteil darüber gesprochen wird, was künftig nicht mehr geschehen soll?« Es gingen online über 400 Anklagen ein, von denen viele kenntnisreich, fundiert und detailliert aufgeschrieben worden waren. Der Gerichtshof tagte dann über eine lange Gerichtswoche mit täglichen Verhandlungen der konkreten Anklagen. Unter anderem berichtete *3sat*-Kulturzeit und viele weitere weltweit vom Kapitalismustribunal in Wien.

Nun können wir heute sagen: Der Corona-Ausnahmezustand ist wohl keine Folge des Kapitalismustribunals, jedenfalls haben sich zum Beispiel Klaus Schwab, King Charles und William Gates nie persönlich bei uns gemeldet, weder damals noch heute. Systematisches Lügen, Gleichschalten, Vergiften und »Bevölkerungsreduktion« waren jedenfalls weder Ziel noch Möglichkeiten des Kapitalismustribunals von 2016. Nein, die Gegenteile waren schon eher die Ziele dieses Gerichtshofes: Aufklärung, Wahrheit, freie Presse und Meinungsfreiheit, Gesundheitsfreiheit, persönliche Integrität und Würde, Kinder- und Familienfreundlichkeit – also universelle Werte aller Kulturen und Völker der Erde zu allen Zeiten. Wir müssen wohl wieder ran: Der Querdenkergerichtshof findet ab 2. August 2024 unter anderem in Berlin statt. (ale)



Das Kapitalismustribunal tagte vom 1. bis 12. Mai 2016 im Theatergebäude auf dem Wiener Karlsplatz. Foto: Brut Wien

IM FÜNFTEN JAHR

Bericht von der Demonstration am 1. Mai 2024 in Fra nkfurt an der Oder. Einer von unzähligen Versammlungen, die täglich in Deutschland stattfinden. | Von Hendrik Sodenkamp

Der 1. Mai in Berlin ist traditionell eine triste Veranstaltung. Jugendliche aus dem ganzen Bundesgebiet machen sich auf den Weg in die Hauptstadt, um Katz-und-Maus mit der Polizei zu spielen. Die immergleichen Parolen werden seit vierzig Jahren gerufen. Und am Ende ist außer einem hohen Sachschaden für Anwohner nicht passiert. Also, in diesem Jahr machen, was zählt, und ab nach Frankfurt an der Oder.

Die umstrittene deutsche Außenministerin Bärbick wollte diesen herrlichen Frühlingstag instrumentalisieren, um mit ihrem polnischen Amtskollegen, die europäische Union abzufeiern. Außerdem war der brandenburgische Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) vor Ort, um angesichts der kommenden Landtagswahl ein Bad in der Volksmenge mithilfe von ein paar Dutzend Behördenmitarbeitern und Parteisoldaten zu inszenieren. Die Demokraten der Frankfurter Freigeister veranstalteten deswegen eine Aufklärungsdemonstration unter dem Motto »Rote Karte für Woidke und Bärbock«.

Rund 500 Demokraten kamen zusammen. »Zu wenige«, sagte eine aus Berlin angereiste Demokratin. »Wenn so viele Menschen den Widerstand nur über die Glotze verfolgen, muss jemand auch etwas tun und auf die Straße gehen«, erwiderte eine andere. «Wir werden nicht weichen.« »Kriegstreiber an die Front«, warf ein weiterer Demokrat, der sich als LKW-Fahrer vorstellte, nachdenklich stimmend ein. Neben vielen Deutschland- und Friedenstaubenflaggen wurde auch eine heitere schwarz-weiß-rote Fahne geschwenkt. »Dem Reich reicht der Krieg«, so die Botschaft der pazifistischen Frankfurterin. So nahm die Versammlung ihren Anfang.

Es sprach Thomas Knott, Vertreter und Gründer der Mittelstandsinitiative, der einen fulminanten Rundum-Schlag gegen die Regierungsverbrechen der vergangenen vier Jahre leistete. Im Anschluss sprach ich, Hendrik Sodenkamp, gefolgt vom Landtagsabgeordneten Lars Hünich, der vom Erfolg der Einrichtung eines Corona-Untersuchungsausschusses in Hessen berichten konnte. Danach gaben noch Hildegard-Vera Kaetner und Tamir Ali-Abadi, Frontmann der konsequent durchhaltenden Montagsspaziergänge in Königs Wusterhausen (siehe Seite 6), fulminante Reden. Moderation übernahm der Sänger Björn Banane, der Hits aufspielte, obwohl er sichtlich gesundheitlich angeschlagen war. »Keine Zeit für Erkältung«, so Banane lapidar.


DW-Mitherausgeber Hendrik Sodenkamp (links) am Mikrophon bei der Auftaktkundgebung am 1. Mai 2024 in Frankfurt an der Oder. Foto: Videostill, Björn Banane

WIR WERDEN NICHT WEICHEN

Der Umzug ging zielstrebig durch die Frankfurter Innenstadt. Unter den Brücken, die der lange Umzug durchschritt, spielten die Trommler ordentlich auf. Es war laut und unüberhörbar. Zahlreiche Passanten schlossen sich dem Zug an. Ob sie die schwarz-weiß-rote Fahne nicht abschrecke, wurde gefragt. »Ach Quatsch, die berufen sich wenigstens noch auf eine Verfassung. Anders als diese Kriegsgeilen in der Regierung«, so die Antwort. Auf die kommende Megademonstration in am 3. August 2024 in Berlin angesprochen, gaben sämtliche darauf angesprochene Demokraten zu Protokoll, selbstverständlich zu kommen. »Wir sind jede Woche auf der Straße, natürlich auch dann.« Das klang glaubwürdig.

Es war ein heiterer Sommertag ohne größere Aufreger. Dafür hatte auch die Stadt Frankfurt gesorgt, die bei der Vergabe des Startplatzes peinlichst genau darauf geachtet hatte, dass die Heile-Welt-Inszenierung der Machthaber nicht durch die Bevölkerung gestört wird. Der angemeldete Startpunkt sei angeblich schon von einer anderen Veranstaltung reserviert worden, hieß es im Vorfeld. Nichts zu machen – also ab an den Rand. Doch am 1. Mai fand dann am eigentlich vorgesehen Startpunkt überhaupt nichts statt. Die Beamten hatten schlicht gelogen. Auf den Regierungsveranstaltung echauffierte man sich derweil über »Delegitimierer und Verächtlichmacher des Staates«, die das »Vertrauen in den Rechtsstaat erschüttern«.

Nach der Runde durch die Stadt, die von aus den Fenstern winkenden Menschen begleitet wurde, kam man nach zwei Stunden wieder am Startpunkt an. Und diese schöne, kleine, aber entschlossene Demonstration wurde beendet. Bei der Verabschiedung, sagte mir Björn Banane noch: »Bitte weist auf die Demonstration am 18. Mai 2024 auf dem Marktplatz von Grünheide bei Berlin hin.« – Sehr gerne tue ich das:

18. MAI 2024, 14 UHR, GRÜNHEIDE, MARKTPLATZ DEMONSTRATION FÜR PRESSE- UND MEINUNGSFREIHEIT

Anlass für die Demonstration ist der feige Angriff auf den Musiker Björn Banane aus einem Mob heraus, der sich bei einer Demonstration gegen die Tesla-Fabrik in Grünheide als Antifa verkleidet hatte. Die Demonstration fand Mitte März 2024 statt und Banane hatte journalistisch berichten wollen, musste aber der Gewalt weichen. »Die kleinsten Pimmel der Machthaber«, benannte der LKW-Fahrer die Angreifer von der Seite, der Bananes Bitte an mich mitgehört hatte. So schaut es aus.


Rund 500 Demokraten demonstrierten für die Absetzung der Spritzenmörder und ein Ende des Kriegs. Foto: DW

MELDUNG

WEIL SIE ZU STARK IST? FPÖ UNTER BESCHUSS

Wien/DW. Mit ähnlich unlauteren Mitteln wie in Deutschland die AfD bekämpft wird, wird in Österreich gegen die FPÖ vorgegangen. Journalist Gernot Bauer hatte in einer *Talk*reihe des Staatssenders ORF über FPÖ-Chef Herbert Kickl gesagt: »Wir wissen von Herbert Kickl, dass er relativ oft krank ist.« Kickl, der sich anschickt, der nächste Bundeskanzler zu werden, ging nun in die Gegenoffensive über und veröffentlichte auf Facebook ein Gesundheitsattest, das ihm eine »ausgezeichnete Grundkonstitution« bescheinigt.

Doch dem nicht genug: Auch die Staatsanwaltschaft greift die FPÖ an und ermittelt laut Medienberichten wegen des Verdachts der Bestechung und Untreue, u. a. gegen Kickl und Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache. Wie sich die Szenarien doch gleichen: Auch die FPÖ wird von einer vermeintlichen Spionageaffäre eingeholt, die Grünen sprechen bereits von »Heimatverrätern«. Die Bürger lassen sich von derartigen Schmutzkampagnen jedoch nicht beeindrukken. Laut aktuellen Umfragen liegt die FPÖ als stärkste Partei mit rund 30 Prozent deutlich vor der SPÖ (21 Prozent) und der Kanzlerpartei ÖVP (20 Prozent). Die Grünen (9 Prozent) liegen nur zwei Prozentpunkte vor der Bierpartei. (kmü)

ORBAN: WESTLICHE AUTOKRATIEN MÜSSEN ZERSTÖRT WERDEN

Budapest/DW. Wie der Blog *tkp.at* berichtet, forderte Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán bei der Conservative Political Action Conference in Budapest, dass die liberalen westliche Autokratien zerstört werden müssen: Die auf progressiv-liberaler Hegemonie aufgebaute Welt müsse durch eine souveräne ersetzt werden. In einer souveränen Weltordnung seien »die Menschen diejenigen, die wirklich souverän sind«. (kmü)

ZITAT DER WOCHE


Foto: Manfred Huber

»Ein Verschwörungstheoretiker ist nichts anderes als einer, der schon Mitte 2020 geahnt hat, wie die Politik heute mit uns umgehen wird. Ergo ist er nichts anderes als ein Realismuspraktiker.«

Marco Rima in seiner Youtube-Reihe »Übrigens...«, Folge »Irren ist menschlich«, die am 21. April veröffentlicht wurde.

»Ich werde weiter für Gerechtigkeit kämpfen!«

Preis-der-Republik-*Träger Firat Polat wurde von einem Gericht erneut zu einer Geldstrafe verurteilt. Aber er lässt sich nicht unterkriegen* | INTERVIEW von Klaus Müller

Am 22. Januar 2021 hielt Fitnessstudiobetreiber Firat Polat auf einer *»Pflegekräfte-stehen-auf«*-Demo in Stuttgart eine Rede, an deren Ende er die anwesenden Polizisten fragte, ob es in Ordnung sei, friedliche Demonstranten mit Pfefferspray zu attackieren und niederzuknüppeln, nur weil sie keine Masken tragen? Er verglich das Handeln der Beamten mit dem ihrer Berufskollegen vor 80 Jahren und fragte sie: »Wo ist eure Grenze? Wann fangt ihr an, eure Befehle zu hinterfragen?« Die Folge: 22 Polizisten haben laut Polat daraufhin Strafanzeige gegen ihn erstattet. Am 19. Dezember 2022 wurde er in erster Instanz wegen Volksverhetzung und Holocaustverharmlosung schuldig gesprochen: Man brummte ihm eine Geldstrafe in Höhe von 65 Tagessätzen à 100 Euro auf *(DW berichtete)*. Weil er damit nicht einverstanden war, ging der 40-Jährige in die Berufung. Am 23. April kam es nun am Landgericht Stuttgart zu einer weiteren Verhandlung.

DW: Wie lief der Prozess in zweiter Instanz ab?
Firat Polat: Deutlich angenehmer als die erste Verhandlung. Damals war die Staatsanwältin, obwohl es keine Maskenpflicht mehr gab, mit einem Mund-Nasen-Schutz erschienen. Und auch der Richter war ein »Corona-Fan«. Ich fühlte mich wie ein Staatsfeind. Das war jetzt völlig anders. Es herrschte eine deutlich angenehmere Atmosphäre im Gerichtssaal. Der Richter war freundlich und verständnisvoll. Er räumte ein, dass einige Corona-Maßnahmen wohl nicht in Ordnung waren und ließ mich bei meinen Ausführungen aussprechen.

DW: Wie fiel das Urteil aus?
F.P.: Der Vorwurf der Holocaustverharmlosung wurde zurückgenommen. Aber obwohl ich bei der Demo-Rede genau darauf geachtet habe, was ich sage und die Handlungen der Polizisten nicht mit den Gräueltaten der Nazis gleichgesetzt, sondern lediglich per Fragestellung miteinander verglichen habe, wurde ich erneut wegen Volksverhetzung schuldig gesprochen. Ich hatte das Gefühl, dass der Richter mich bestrafen muss. Er erklärte in seiner Urteilsbegründung, dass der Vergleich mit dem Genozid nicht zulässig war. Dabei weiß ich als Sportlehrer und Pädagoge und das habe ich dem Richter auch erklärt: Vergleiche sind wichtig, um Menschen gewisse Sachverhalte deutlicher vor Augen führen zu können. Aber das sah er offenbar anders. Zudem hätte ich den öffentlichen Frieden in Gefahr gebracht.


Mutiger Demokrat: Firat Polat machte die Corona-Diktatur nicht mit. Kurz vor dem zweiten *Lockdown* rief er andere Unternehmer auf, die Maßnahmen zu boykottieren. In seinem Fitnessstudio ließ er die Mitglieder ungespritzt, ungetestet und ohne Maske trainieren. Foto: privat.

DW: Inwiefern?
F.P.: Weil ich den Polizisten das Gefühl vermittelt hätte, dass sie bei Befolgung ihrer Befehle schlechte Menschen seien. Laut Urteil fallen die Kosten des Gerichts der Staatskasse zu. Ich soll aber meine eigenen und auch die Kosten der Staatsanwaltschaft tragen. Die Geldstrafe wurde auf 65 Tagessätze à 50 Euro reduziert, weil ich, so die Begründung des Richters, früher zwei Fitnessstudios hatte, heute dagegen nur noch eines und zudem finanziell unter den Corona-Maßnahmen zu leiden hatte.

DW: Werden Sie das Urteil akzeptieren?
F.P.: Ich habe mir ein paar Tage Gedanken darüber gemacht und bin zu dem Ergebnis gekommen, dass ich nun vor das Oberlandesgericht ziehen werde. Diese juristische Angelegenheit ist kein Spaß und kostet mich viele Nerven, aber ich kann das Urteil so nicht stehen lassen. Man muss sich das mal vorstellen: Meine Eltern, Kurden aus der Türkei, wurden einst in ihrer Heimat Opfer von Volksverhetzung und von dort vertrieben. Ich setze mich für Gerechtigkeit und gegen die Spaltung der Gesellschaft ein und werde dann als Volksverhetzer verurteilt. Volksverhetzung war das, was man mit uns »Ungeimpften« gemacht hat. Das Urteil ist völlig absurd. Und deshalb werde ich weiter für Gerechtigkeit kämpfen. Meine Kampfeslust jedenfalls ist geweckt.

DW: Sie haben also noch Vertrauen in die Justiz?
F.P.: Ich bin vor allem davon überzeugt, dass die Zeit für mich läuft, für uns alle. Ein Freispruch könnte vielen Mut machen. Man erinnere sich nur an die Geschwister Scholl: Die wurden einst zum Tode verurteilt. Hätte ihre Verhandlung ein paar Jahre später stattgefunden, wären sie garantiert freigesprochen worden. Vor zwei Jahren galt ich noch als Staatsfeind. Das hat sich nun, unter anderem auch bedingt durch die RKI-Protokolle, relativiert. Bis zur nächsten Verhandlung werden weitere Monate vergehen und ich hoffe, dass bis dahin noch mehr Verbrechen aus der Corona-Zeit aufgedeckt werden und sogar der eine oder andere Politiker bereits im Gefängnis gelandet ist.

DW: Herr Polat, vielen Dank für das Gespräch.



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

AN DW-HERAUSGEBER RUDOLPH BAUER

Ob unseren Obrigkeiten in Politik und Justiz bewusst ist, dass sie Dir wie in Gefolgschaft mit der NSDAP begegnen, die vormals gegen Heartfield und zahlreiche andere Kunstschaffende vorging bis schließlich zur Bücherverbrennung 1933?

Ich zweifle, nicht nur an ihrem Geschichtsbewusstsein. Dank Dir für Deine künstlerischen Stellungnahmen, Dank zugleich allen, die Dich unterstützen. Herzlich

– Rolf Becker, 20099 Hamburg

ZERSTÖRTE FREUNDSCHAFT

Ich habe am letzten Wochenende meinen Geburtstag gefeiert und eine Schulfreundin eingeladen, die Mikrobiologin ist und sich freiwillig einer Studie für Coronaimpfungen unterzogen hat. Sie lebt schon lange in Österreich. Wir sind in ein heftiges Streitgespräch über die Ausgrenzung von Menschen mit anderer Meinung verfallen. Sie ist fest vom Coronamärchen überzeugt. Es war schrecklich. Wirkliche persönliche Nähe ist für mich da nicht mehr möglich. Was hat das alles nur bei uns angerichtet! – Ich bin dankbar, dass Sie so viel Energie in die Aufklärungsarbeit investieren. Brigitte R., per Mail

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de

instagram.com/demokratischerwiderstand

t.me/DemokratischerWiderstandTelegram

facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung

youtube.com: Demokratischer Widerstand

ÖRR & Co erledigen sich selbst

Mehr als acht Milliarden Euro pro Jahr nehmen ARD und ZDF aus den Rundfunk-Zwangsgebühren ein. Gegenleistung für die Zahlungspflichtigen: u. a. staatliche Propaganda, üble Hetze gegen Andersdenkende, Fake-News. Die Quittung: Immer mehr Menschen schalten ab! Bei den Mainstream-Printmedien sieht es kaum anders aus: Wo man hinschaut, fast überall brechen die Auflagen ein! Ein Besuch im »feindlichen Lager« zeigt: Die Protagnisten der sogenannten Leitmedien realisieren, dass ihnen zunehmend die Felle davonschwimmen | BERICHT von »Ripuarier«

Die Quittung: Immer mehr Menschen schalten ab! Bei den *Mainstream*-Printmedien sieht es kaum anders aus: Wo man hinschaut, fast überall brechen die Auflagen ein! In Köln fand Mitte April nun eine Podiumsdiskussion statt. Teilnehmer: Uli Kreikebaum (*Kölner Stadt-Anzeiger*), Georg Restle (*Monitor*) und Caroline Lindekamp (*Correctiv*). Ein Besuch im »feindlichen Lager« zeigt: Die Protagnisten der sogenannten Leitmedien realisieren, dass ihnen zunehmend die Felle davonschwimmen | Bericht von »Ripuarier«

Am 18. April fand in Köln im Forum der Volkshochschule am Neumarkt die Auftaktveranstaltung einer bis November laufenden, monatlich stattfindenden Veranstaltungsserie unter dem Motto »Stimme erheben – Widerstand zeigen. Dein Einsatz für Menschenrechte und Demokratie« statt. Ausgerichtet wird diese Veranstaltung durch die steuerfinanzierte Kölner VHS in Zusammenarbeit mit den Vereinen »Demokratie leben Köln«, der »Initiative Menschenrechtsstadt Köln«, »Partnerschaften für Demokratie Köln«, der örtlichen Arbeiterwohlfahrt und Amnesty International Köln. Das Bundesfamilienministerium unter Leitung von Lisa Paus fördert die Veranstaltungsserie ebenfalls – vermutlich aus dem Budget für den »Kampf gegen rechts«.

Die Auftaktveranstaltung hatte den Arbeitstitel »Falschinformation, Wahrheit, Beeinflussung im Superwahljahr 2024?« Nach einer kurzen Eröffnungsansprache durch die VHS Bereichsleiterin für gesellschaftspolitische Bildung, Homaira Mansury, bei der auch die Vertreter zweier Unterstützervereine kurz zu Wort kamen, begann eine Podiumsdiskussion unter der Moderation des Journalisten Uli Kreikebaum (u. a. *Kölner Stadt-Anzeiger, Süddeutsche Zeitung, Zeit*). Auf der Bühne spielten sich Caroline Lindekamp, Teamleiterin des *Correctiv*-Faktenforums und Georg Restle, Moderator und Leiter des *WDR*-Politmagazins *Monitor*, die Bälle zu.



Der ÖRR und die sogenannten Leitmedien sind zwangs- bzw. fremdfinanziert und berichten somit nicht frei und unabhängig, sondern ausschließlich im Interesse ihrer Geldgeber. Umso wichtiger ist es, dass es aufgeweckte und mutige Demokraten wie Bernd Quinque gibt. Der 70-jährige Autohändler aus Berlin-Pankow sorgte schon mehrfach für Wirbel mit den »dekorierten« Fenstern seines Autohauses, die er für politische Botschaften nutzt (DW berichtete in den Ausgaben 132, 134, 140, 163). Man könnte auch sagen: Er verbreitet, worüber ARD, ZDF, Bild, SZ, FAZ & Co am liebsten schweigen – die Wahrheit. »Nichts ist schlimmer als das Wegschauen und Schweigen«, erklärte Quinque gegenüber dem DW. »Darauf hoffen die Politiker. Und die Mainstream-Medien helfen ihnen dabei.« Seine neueste Botschaft (Foto) dreht sich einmal mehr um Russland und die Nato sowie um den fehlgeleiteten Verfassungsschutz unseres Landes und das Einparteienkartell von Grünen, CDU, SPD und FDP. Foto: privat.



Podiumsdiskussion in Köln: Auf der Bühne spielten sich unter der Moderation des Kölner-Stadt-Anzeiger-Journalisten Uli Kreikebaum (l.) die Teamleiterin des Correctiv-Faktenforums, Caroline Lindekamp, und Georg Restle (r.) vom Agitpropmagazin Monitor, die Bälle zu.
Foto: Ripuarier/PI-Ne

CORRECTIV UND RESTLE HAND IN HAND

Zunächst muss man sich nochmals vergegenwärtigen, wer genau dort zu den Themen Falschinformation, Wahrheit und Wahlbeeinflussung vortrug: Eine leitende Mitarbeiterin der sich selbst als »gemeinwohlorientiertes Medienhaus« bezeichnenden größten *Fake*-Fabrik Deutschlands, des unter anderem mit Steuergeldern und mit Geld der Open Society Foundation des Milliardärs George Soros finanzierten *Correctiv*-Redaktionsverbunds. Diese dubiose Organisation ist verantwortlich für den größten Medienskandal in der Geschichte der Bundesrepublik, der selbst noch den Betrug des Hamburger Nachrichtenmagazins *Stern* um die gefälschten Hitler-Tagebücher im Jahre 1983 in den Schatten stellt.

Diese Auftragstäter, die beste Verbindungen ins Bundeskanzleramt und zum Inlandsgeheimdienst unterhalten, konstruierten bekanntermaßen ein angebliches Geheimtreffen, auf dem »millionenfache Deportationen« geplant worden sein sollen. Von einer Wannseekonferenz 2.0 war die Rede, was eine ungeheure Verharmlosung der NS-Verbrechen darstellt. All diese Unterstellungen erwiesen sich inzwischen als haltlos, ja, gar als frei erfunden. Aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung musste sich *Correctiv* vom Deportationsvorwurf distanzieren und engagierte eine PR-Agentur, um das ramponierte *Image* aufzupolieren. Auch bei dem neuerlichen, offensichtlich faktenfreien Verdachtsvorwurf der Korruption gegenüber dem AfD-Politiker Petr Bystron spielt *Correctiv* eine wichtige Rolle, zusammen mit dessen tschechischer Schwesterorganisation *Dennik N*.

Bei Georg Restle handelt es sich um einen der wichtigsten Alpha-Journalisten Deutschlands, der für einen linkslastigen »werteorientierten Haltungsjournalismus« steht und Neutralität bei der Berichterstattung für nicht wünschenswert erachtet. Restle fiel in den Corona-Jahren als besonders übler Stimmungsmacher gegen »Ungeimpfte« und Maßnahmenkritiker auf.

BEGRIFF FAKE-NEWS VON DONALD TRUMP »MISSBRAUCHT«

Diese beiden von missionarischem Eifer erfüllten Protagonisten des linken Meinungsjournalismus diskutierten nun also über den Themenkomplex Desinformation. Zunächst wurde das fast sortenrein linke Publikum aufgefordert, per Handzeichen mitzuteilen, wer sich durch Desinformation beeinflusst sieht; erwartungsgemäß war dies bei der überragenden Mehrheit der Anwesenden der Fall.

Caroline Lindekamp erklärte zu Beginn ihrer Ausführungen, den Begriff *Fake-News* als ungeeignet vermeiden zu wollen, da dieser von Donald Trump geprägt und »missbraucht« worden sei (rechtes *Copyright*). Als Beispiel für *Fake-News* nannte sie die ihrer Meinung nach unbegründete Kritik an der farblichen Gestaltung von Wetterkarten und an der fälschungsanfälligen Briefwahl. Sie beklagte, dass durch falsche Kontextualisierung der Informationen die falschen Narrative erzeugt würden. Dies sei insbesondere während der Coronazeit oftmals der Fall gewesen. Gefühlte Wahrheiten ohne Evidenz würden in den westlichen Gesellschaften zur Spaltung führen.

In diesem Zusammenhang sprach Lindekamp auch von einer hybriden Kriegsführung durch gezielte russische Desinformation. Ziel sei es, die demokratischen Institutionen zu diskreditieren und damit den Rechtsextremismus und die AfD zu stärken. Sie beklagte eine Kräfteverschiebung im öffentlichen Diskurs durch das Aufkommen neuer Kommunikationsplattformen, durch die digitale Räume ohne Meinungsvielfalt entstünden. Falsche Algorithmen würden die Verbreitung von Desinformationen begünstigen, seien demokratiefeindlich und müssten eingeschränkt werden.

Um der Verbreitung von Falschinformationen entgegenzuwirken, arbeitet *Correctiv* unter anderem mit Meta (Facebook) zusammen und setzt *Flags*, um beispielsweise Artikel zu kennzeichnen, die aus dem Kontext gerissen seien. Vom *Digital Service Act* (DSA) der EU erhofft man sich einen besseren Zugriff auf die Daten der Plattformen. Eine Regulierung sei aber schwer umsetzbar, da die Betreiber internationale Interessen verfolgen und die nationalen Gesetze beachten müssen. Als Beispiel wurde Ungarn genannt.

Vor dem Hintergrund des Erstarkens rechter Kräfte im In- und Ausland sei aber eine stärkere Regulierung notwendig. Auch das Aufkommen der Künstlichen Intelligenz (KI) sieht Lindekamp kritisch, da diese Wahlausgänge beeinflussen könne. Mit dieser Befürchtung liegt sie wohl ausnahmsweise richtig. Lindekamp empfiehlt, vermeintliche Fakten selber zu prüfen und die Behauptungen mit mehreren »seriösen« Quellen abzugleichen. Bei komplexeren wissenschaftlichen Themen wie Corona oder dem Klima sei eine schnelle Überprüfung aber schwer. Im Zweifel sollte man entsprechende Artikel oder *Posts* nicht *liken* und nicht weiterleiten.

RESTLE: »KONSUMIERT DIESEN DRECK NICHT!«

Georg Restle kritisierte insbesondere die chinesische *Social-Media*-Plattform TikTok, auf der die AfD sehr stark vertreten sei und insbesondere junge Medienkonsumenten erreicht. Dort würden hoch emotionalisierte Inhalte verbreitet. Dennoch überlege die *Monitor*-Redaktion, zukünftig dieses Medium zu nutzen und dort ein Gegengewicht zu setzen. Die Plattform X (vormals

➔ Fortsetzung auf Seite 10



WIR SIND DIE 99 PROZENT!

MOTOR MITTELSTAND

KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

NIEDERGANG MADE IN GERMANY

Die RKI-*Files* haben es mehr als deutlich gezeigt: Es ging zu keinem Zeitpunkt um Gesundheit, sondern um Geld, übelste Politik und am langen Ende um den Raub der jedem Menschen angeborenen Grundrechte. Und Politiker und Unternehmer, also nicht alle, aber doch die Mehrheit, haben und hatten eines gemeinsam: Sie haben mitgemacht! Es ist unglaublich und kaum zu beschreiben, was da in deutschen Unternehmen so geschehen ist. Je größer und bekannter die Marke und der Name, je krasser und unappetitlicher war das Verhalten den Mitarbeitern gegenüber, die eben eine andere Meinung hatten und auf das Recht über die eigene körperliche Hoheit bestanden haben. Unglaublich!

Und jetzt, nachdem die Wahrheit in den deutschen Medien überwiegend erneut totgeschwiegen wird, sind sie sich einmal mehr einig: Diesmal im Vertuschen und Verheimlichen der Wahrheit. Dabei täte die Aufarbeitung wahrlich not – um Spaltung zu überwinden und um den vielen Opfern gerecht zu werden.

Nun ja, Deutschland bleibt aus wirtschaftlicher Sicht das Schlusslicht unter den großen Industriestaaten. Das lässt sich doch sehen. Das war es doch wert. Dafür haben fast alle draußen blau-gelbe Flaggen hängen, übertreffen sich gegenseitig im Schaffen der Klimaneutralität bis zum Jahr irgendwann und freuen sich darüber, dass die deutsche Automobilindustrie wohl demnächst mit ihren E-Autos am Boden liegt. Niedergang *made in Germany*.

Es stimmt, es war eine unternehmerische Sorgfaltspflicht, sich 2020 um das Thema Corona und die verbundenen Auswirkungen für die eigene Belegschaft zu kümmern. Und ja, die Unternehmer wären auf eine sinnvolle Politik gerade in solchen Zeiten angewiesen gewesen. Wer gutgläubig im Tal der Ahnungslosen handelte, hat jetzt alle Möglichkeiten, auch im eigenen Unternehmen das Vertrauen wiederherzustellen. Wer vorsätzlich wissend handelte, gehört wohl wie die meisten Politiker eher in die Sparte Verbrecher und verdient eine juristische saubere Aufarbeitung. Beides erfordert etwas, was dem deutschen Unternehmer an vielen Stellen verloren gegangen ist: einen Hintern in der Hose, um für das eigene Handeln einzustehen. So auf jeden Fall wird es – und das ist verständlich – beim Schlusslicht bleiben. Schuld ist dann wie immer natürlich der vermeintlich so böse Russe.

Es braucht wirklich einen großen Reset, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

Fortsetzung von Seite 9

Twitter) sei seit der Übernahme durch Elon Musk zu einer »rechten Dreckschleuder« verkommen, mit der er sich nur noch beruflich und zwangsweise beschäftige. Man müsse sich diesen Mist privat nicht antun. Auch die Kommentarfunktionen in Foren sieht Restle als Quelle für Falschinformationen.



Amberg am 29. April 2024 und Hunderte weitere Orte in Deutschland, regelmäßig, täglich und bundesweit seit 28. März 2020. Foto: Norbert Defo ND

Es sei ein neues digitales Zeitalter entstanden und durch den Einsatz der KI können sehr authentische Fälschungen insbesondere von Bildern und Videos vorgenommen werden, bei denen ein Authentizitätscheck nicht mehr möglich ist. Zudem führe der zunehmende Einsatz der KI zu Einsparungen beim Personal im Journalismus, was die großflächige Überprüfung von Nachrichten auf Falschinformationen erschwere. Die »*Gatekeeper*«-Funktion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sollte wiederhergestellt werden, da Länder mit starkem ÖRR weniger unter Desinformation leiden würden, so Restle.

Für Restle ist Desinformation ausschließlich ein vom Rechtsextremismus ausgehendes Problem. AfD - Politiker wie Alice Weidel oder Maximilian Krah streuten absichtlich Falschinformationen, um Aufmerksamkeit zu erwecken und im Gespräch zu bleiben. Die Richtigkeit der Behauptungen sei diesen Leuten egal. Als Beleg für seine Behauptung zitierte er ausgerechnet eine Aussage eines NPD-Funktionärs, der sinngemäß gesagt haben soll, es gehe nur um das Setzen von Schlagzeilen. Dabei handelt es sich exakt um die Kampagnentechnik, die *Correctiv* und andere selbsternannte linke »Faktenchecker« permanent anwenden. »Konsumiert diesen Dreck nicht«, so lautet seine Empfehlung an das Auditorium.

DREI KRITISCHE FRAGEN AUS DEM PUBLIKUM

Zum Ende der Podiumsdiskussion gab es noch eine kurze Gelegenheit für das Publikum, Fragen zu stellen. Neben zustimmenden Beiträgen und Kommentaren gibt es drei kritische Fragen: Ein Teilnehmer wollte wissen, warum über den Fall Julian Assange, der sich doch große Verdienste um die Presse- und Meinungsfreiheit erworben habe, so wenig von den *Mainstream*-Medien berichtet werde. Zwei weitere Teilnehmer thematisieren kritisch die Rolle der *Mainstream*-Medien und des ÖRR während der Coronazeit und fragten, warum die »seriösen« Medien so wenig gegen die Desinformation von staatlichen Stellen unternommen haben.

Restle räumt ein, dass es hier Defizite gegeben habe, es aber an nachprüfbaren Fakten gemangelt habe. Es sei für alle Beteiligten viel Neues und schwer möglich zu unterscheiden gewesen, welche Informationen richtig oder falsch gewesen seien. Er betonte, es gäbe keine Anweisungen seitens der Politik, bestimmte Meinungen zu unterdrücken, der Journalismus in Deutschland arbeite frei. Im Übrigen wolle er den Corona-Block jetzt auch wieder schließen ...

Man konnte förmlich spüren, wie unangenehm den Vortragenden und auch großen Teilen des linksorientierten Publikums die Coronathematik ist, man würde es am liebsten im Orkus der Geschichte versenken. Dabei hat die Aufarbeitung dieses Verbrechens noch gar nicht richtig begonnen. Sowohl bei den anwesenden Journalisten dieser Eröffnungsveranstaltung, als auch bei Teilen des Publikums konnte man eine gewisse Ratlosigkeit feststellen, wie man dem zunehmenden Bedeutungsverlust der ehemals meinungsbildenden und staatstragenden *Mainstream*-Medien begegnen solle. Es wird ihnen langsam bewusst: Sie haben ihr Meinungsmonopol verloren und sie werden am Ende auch den von ihnen angezettelten Infokrieg verlieren. Immer weniger Menschen vertrauen und konsumieren die sogenannten Leitmedien und wechseln stattdessen zu den Alternativen Medien. Bezeichnenderweise fiel der Begriff »Alternative Medien« auf dieser Veranstaltung kein einziges Mal.

FAZIT: MAINSTREAM VERLIERT ZUNEHMEND AN BEDEUTUNG

Die gesamte Veranstaltungsreihe hat den Charakter einer politischen Schulung, bei dem die Teilnehmer, die vermutlich mehrheitlich dem Öffentlichen Dienst entstammen, mit einer Methodik und Argumentation vertraut und ausgestattet werden sollen, die es ihnen ermöglichen soll, im Sinne der herrschenden links-grünen *classe politique* meinungsbildend auf ihr Umfeld einwirken zu können. Es geht ihnen um die Verhinderung des herrschaftsfreien Diskurses und um den Machterhalt des linken *Establishments*, das zunehmend durch das Erstarken einer kritischen, eher konservativ und freiheitlich orientierten Opposition bedroht wird.

Die Themen der nachfolgenden Veranstaltungen liefern einen Hinweis darauf: Am 25. September und am 19. November geht es um das Thema »Rechtspopulismus widersprechen – Stammtischparolen-*Workshop*«, am 22. November um »Argumentations- und Handlungstraining gegen Sexismus und Queerfeindlichkeit«. Für die zukünftigen Blöcke wäre es im Sinne des Meinungspluralismus wünschenswert, wenn mehr kritische Teilnehmer diese politisch doch sehr inzestiöse Veranstaltung mit ihrer Anwesenheit bereichern und zur Diskurserweiterung beitragen würden. Dazu gibt es reichlich Gelegenheit, der Eintritt ist frei. Interessierte können sich auf der Homepage der VHS Köln registrieren lassen und sich für die verschiedenen Veranstaltungen anmelden. Es können auch nichtregistrierte Begleiter mit angemeldet werden.

Dieser Text erschien unter der Überschrift »Köln zeigt Widerstand« zunächst auf der Nachrichtenplattform PI-News.net. Wir danken Autor und Kollegen für die Möglichkeit des Abdrucks.

MELDUNG

BARGELD IST FREIHEIT

Frankfurt am Main/DW. Am 27. April 2024 demonstrierten rund 1.000 Demokraten in der deutschen Finanzhauptstadt vor dem Sitz der Europäischen Zentralbank für den Erhalt des Bargeldes und gegen den digitalen Euro. Anders als die Demo »gegen rechts«, die zeitgleich stattfand und weniger Teilnehmer anzog, wurde diese Demonstration von den großen Medienkonzernen ignoriert. »Wir wehren uns gegen die Komplettüberwachung durch Staat und Konzerne«, so ein Teilnehmer gegenüber DW. »Der Kampf gegen Geldwäsche ist nur ein Vorwand, um Zugriff auf uns Bürger zu haben. Wir lassen uns nicht zu Verbrechern machen.« Weitere Demonstrationen sind angekündigt. (hes)

DAS »WIR« SCHAFFT DAS

Silicon Valley/DW. Microsoft-Gründer und Multimilliardär Bill Gates setzt voll auf den Klimawandel. In seinem kürzlich veröffentlichten Bestseller »Wie WIR die Klimakatastrophe verhindern« beschwört er apokalyptische Zustände, sollte nicht massiv in Technologien und Unternehmen investiert werden, an denen er Aktienanteile hat. Noch werde unser Alltag massiv von fossilen Energien geprägt, so Gates in seinem Buch. Diesen Alltag von über acht Milliarden Menschen zu ändern, werde zwar schwierig, aber er sei optimistisch, dass Konzerne und Machthaber weltweit (»Wir«) es schaffen werden, ordentlich durchzuherrschen. Bill Gates gilt im *Mainstream* weiterhin und ohne jeden Zweifel als Menschenfreund, der mit eben dieser »Freundlichkeit« zum reichsten und damit einflussreichsten Unternehmer der Welt wurde. (hes)

KONZENTRATION UND FLURBEREINIGUG

Philadelphia/DW. »Im US-Regionalbankensektor ist ein weiterer Dominostein gefallen«, berichtet der renommierte Finanzexperte Ernst Wolff am 27. April 2024. »Die *Republic FirstBank* in Philadelphia wird von der viermal so großen Fulton Bank übernommen. Der Konzentrationsprozess wird weitergehen, Regionalbanken werden im CBDC-System nicht mehr gebraucht.« Die Bank war von den US-Behörden übernommen und in aller Eile am 26. April 2024 zwangsverkauft worden. (hes)

EIN MEGADEAL!

Berlin/DW. Der größte Wohnungskonzern Deutschlands Vonovia verkauft dem Land Berlin rund 4.500 Wohnungen für den Erlös von rund 700 Millionen Euro. Dies meldete das *Handelsblatt*. Die Wohnungen sollen dann von landeseigenen Gesellschaften geführt werden. Das Land Berlin hatte seine Wohnungsbestände unter Führung von SPD und Linkspartei an Konzerne wie Vonovia für wenig Geld verscherbelt. Nun werden die Wohnungen teuer zurückgekauft. »Dieses Geschäft ist wahnsinnig toll«, kommentierte ein Sprecher des Berliner Stadtgouvernement den Vorgang. (hes)

DIE GESINNUNGSDIKTATUR

Westliche Regime gehen immer drastischer gegen Opposition vor. | Von Felix Feisel

Am Wochenende vom 12. bis zum 14 April war in Berlin ein Kongress geplant, der die Situation in Palästina zum Gegenstand hatte. Auf dem Plan standen dabei unter anderem Vorträge zur Geschichte Palästinas und der israelischen Besatzung, aber auch die kapitalistischen Interessen hinter der deutschen Unterstützung Israels (DW berichtete).

Eingeladen waren eine Reihe von Gästen aus verschiedenen Ländern, darunter auch der ehemalige griechische Finanzminister und Gründer von Diem25 (Was ist daraus eigentlich geworden?, Anm. der Redaktion), Yannis Varoufakis. Doch die Veranstaltung konnte nicht stattfinden. Schon kurz nach dem eigentlichen Beginn wurde sie von der Polizei aufgelöst.

Das kam indes nicht überraschend. Schon in den Wochen zuvor hatte es scharfe Kritik an dem Gipfel gegeben, und sogar Bundesinnenministerin Nancy Faeser hatte gefordert, mit allen Mitteln gegen den Kongress vorzugehen. Auch die Berliner Sparkasse hat alles daran gesetzt, den Kongress zu sabotieren, und dem organisierenden Verein »Jüdischen Stimme« das Bankkonto gesperrt. Durch behördliche Schikanen war der Beginn der Veranstaltung zudem im Vorfeld behindert worden. Als der Kongress dann doch stattfinden sollte, wurde er nach nur zwei Stunden aufgelöst.

Einer der Gründe war der typische, instrumentalisierte Antisemitismus-Vorwurf, der jedem gemacht wird, der Kritik am Staat Israel übt. Wenig überraschend wurde das Vorgehen des deutschen Staates gegen das Treffen vom Zentralrat der Juden verteidigt. Auf diese Weise sei »das antizionistische Schaulaufen« beendet worden. Teilnehmer an dem Kongress wären dabei jedoch nicht nur Palästinenser und andere Muslime gewesen, sondern auch Juden, die der Politik des Staates Israel kritisch gegenüberstehen.

Doch bei der Auflösung alleine ist es nicht geblieben. Einige der prominenten Teilnehmer wurden des Landes verwiesen und wie Schwerkriminelle behandelt. So berichtete der Arzt Ghassan Abu Sitta, der 43 Tage lang in Krankenhäusern in Gaza gearbeitet und die Situation in dem Gebiet mit eigenen Augen gesehen hat, und eigens aus England zu der Konferenz anreisen wollte, in einem Videostatement folgendes:

»Heute Morgen um 10.00 Uhr landete ich in Berlin, um an einer Konferenz zu Palästina teilzunehmen. Wie viele andere aus Großbritannien (UK), den USA und Europa war ich gefragt worden, dort zu über die 43 Tage zu berichten, die ich in Krankenhäusern in Gaza verbracht habe. Ich habe dort sowohl im Shifa-, als auch im Ahli-Krankenhaus gearbeitet. Bei meiner Ankunft wurde ich an der Passkontrolle gestoppt. Dann hat man mich in den Keller des Flughafens gebracht, wo ich 3,5 Stunden befragt wurde.

Am Ende dieser 3,5 Stunden sagte man mir, ich dürfe deutschen Boden nicht betreten. Dieses Verbot gelte für den gesamten April. Aber nicht nur das. Sollte ich versuchen, mich per Zoom oder FaceTime mit der Konferenz in Verbindung zu setzen, selbst wenn ich außerhalb von Deutschland sei, oder sollte ich ein Video mit meinem Vortrag an die Berliner Konferenz senden, sei das ein Vergehen gegen deutsches Recht. Ich liefe Gefahr, eine Geldstrafe zu erhalten oder bis zu einem Jahr im Gefängnis zu landen. Dann sagte man mir, ich solle einen Rückflug nach England buchen. Mein Pass wurde mir abgenommen und ich erhielt ihn erst zurück, als ich das Flugzeug bestieg.«

Abu Sitta ist selbst Palästinenser mit englischer Staatsbürgerschaft und auf plastische Chirurgie spezialisiert. Er hat schon in vielen Kriegsgebieten als Freiwilliger der »Ärzte ohne Grenzen« gearbeitet, war dabei auch mehrfach in Palästina, zuletzt eben nach dem 7. Oktober 2023. Zudem wurde er erst vor Kurzem zum Direktor der Universität Glasgow gewählt. Er ist also nicht irgendjemand, sondern ein renommierter Arzt mit viel Erfahrung in Kriegsgebieten.

Ähnlich wie ihm erging es dem ehemaligen griechischen Finanzminister Yannis Varoufakis. Er war eingeladen worden, um eine Rede zu halten, doch dazu war es nicht mehr gekommen. Auch ihn hat die Polizei des Landes verwiesen, mit einer Einreisesperre versehen und ihm ebenso wie Abu Sitta untersagt, sich online zu äußern.

Die Mainstream-Medien geben dabei als unmittelbaren Anlass für die Auflösung eine Videoschaltung mit einer Person an, die in Deutschland Auftrittsverbot hat. Gemeint ist der palästinensische Autor Salman Abu Sitta. Überschrieben ist der betreffende Artikel mit »Antisemitismus-Verdacht«. Es ist interessant, wie der bloße Verdacht auf etwas, das an sich nicht einmal strafbar und ohnehin ausufernd und vage definiert ist, dass damit alles und jeder erfasst werden kann, dazu ausreicht, eine ganze Veranstaltung aufzulösen und zudem noch andere, unbescholtene Bürger anderer Länder mit Auftrittsverboten zu belegen.

HASS UND HETZE DER HERRSCHER

Auch zuvor hatten Politiker, wie der Berliner Oberbürgermeister Kai Wegner, sich gegen diesen Kongress ausgesprochen, indem sie pauschal »Hass und Hetze« unterstellten — Begriffe, die ebenfalls in beliebiger Ausdehnung zur Anwendung kommen. Hassrede, so hält es auch der US-amerikanische Satiriker C.J. Hopkins fest, sei das Verbrechen gewesen, das hier möglicherweise hätte begangen werden können. Dabei ist Hassrede entgegen der landläufigen Annahme in diesem Land kein Straftatbestand, so lange sie nicht in Volksverhetzung mündet. Sie ist voll und ganz von der grundgesetzlich gesicherten Meinungsfreiheit gedeckt. Umso unglaublicher ist es, dass die deutschen Behörden unter diesem Vorwand eine Veranstaltung auflösen.

Die Auflösung eines vom Grundgesetz gedeckten Kongresses ist dabei nur ein Stein in der Gefängnismauer, die durch Demokratiefördergesetz, Zensur und juristischer Verfolgung von Opposition errichtet wird. Die zunehmende Verwandlung Deutschlands in einen rigiden Polizeistaat hat schon vor der Pseudopandemie von 2020 begonnen, als unter der angeblichen Bedrohung durch den internationalen Terror Polizeigesetze und Überwachungsbefugnisse ausgebaut und verschärft wurden. Nach den beispiellosen Coronajahren hat Innenministerin Nancy Faeser langsam, und von den meisten unbemerkt, die Funktion des Scharfmachers Karl Lauterbach übernommen; sie arbeitet unter den Schlagworten »Demokratie« und »Rechtsextremismus« an der Abschaffung auch der letzten Freiheiten und an einem rigorosen Zwangskorsett für Andersdenkende.

Deutschland, und mit ihm die EU und wahrscheinlich der gesamte Westen, entwickeln sich auf diese Weise zu Gesinnungsdiktaturen, zu offenen Moralgefängnissen, in denen alle Tabubrecher und Abweichler ausgeschlossen, ihre Veranstaltungen gesprengt, und sie mitunter sogar des Landes verwiesen werden. Deutschland knüpft seit dem Coronaregime an seine dunkelste Vergangenheit an, wieder einmal unter einer moralischen Inquisition, in welcher »die Moral« über dem Gesetz steht.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

Dieser Text erschien zuerst auf dem unabhängigen Nachrichtenportal manova.news, wo er in Gänze zu lesen ist. Er wurde für die Anforderungen einer gedruckten Zeitung gekürzt. Wir danken Autor und Kollegen für die Möglichkeit des Abdrucks.

MELDUNG

WEIL SIE ZU STARK IST? FPÖ UNTER BESCHUSS

Wien/DW. Mit ähnlich unlauteren Mitteln wie in Deutschland die AfD bekämpft wird, wird in Österreich gegen die FPÖ vorgegangen. Journalist Gernot Bauer hatte in einer *Talk*reihe des Staatssenders ORF über FPÖ-Chef Herbert Kickl gesagt: »Wir wissen von Herbert Kickl, dass er relativ oft krank ist.« Kickl, der sich anschickt, der nächste Bundeskanzler zu werden, ging nun in die Gegenoffensive über und veröffentlichte auf Facebook ein Gesundheitsattest, das ihm eine »ausgezeichnete Grundkonstitution« bescheinigt. Doch dem nicht genug: Auch die Staatsanwaltschaft greift die FPÖ an und ermittelt laut Medienberichten wegen des Verdachts der Bestechung und Untreue, u. a. gegen Kickl und Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache. Wie sich die Szenarien doch gleichen: Auch die FPÖ wird von einer vermeintlichen Spionageaffäre eingeholt, die Grünen sprechen bereits von »Heimatverrätern«. Die Bürger lassen sich von derartigen Schmutzkampagnen jedoch nicht beeindrucken. Laut aktuellen Umfragen liegt die FPÖ als stärkste Partei mit rund 30 Prozent deutlich vor der SPÖ (21 Prozent) und der Kanzlerpartei ÖVP (20 Prozent). Die Grünen (9 Prozent) liegen nur zwei Prozentpunkte vor der Bierpartei. (kmü)

ORBAN: WESTLICHE AUTOKRATIEN MÜSSEN ZERSTÖRT WERDEN

Budapest/DW. Wie der Blog *tkp.at* berichtet, forderte Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán bei der Conservative Political Action Conference in Budapest, dass die liberalen westliche Autokratien zerstört werden müssen: Die auf progressiv-liberaler Hegemonie aufgebaute Welt müsse durch eine souveräne ersetzt werden. In einer souveränen Weltordnung seien »die Menschen diejenigen, die wirklich souverän sind«. (kmü)



DAS RUSSISCHE HAUS

der Wissenschaft und Kultur in der Berliner Friedrichstraße 176 wurde 1984 in Ostberlin eröffnet. Es ist die Entsprechung zu den deutschen Goethe-Instituten in Russland oder den spanischen Cervantes-Zentren. Sprachkurse, Konzerte, Kultur und Empfänge prägen das bilinguale Programm.
Zuletzt hat das Russische Haus vor dem Hamburger Landgericht eine Unterlassungsklage gegen die berüchtigte Berliner Hetzpostille *Tagesspiegel* wegen Verleumdung eingereicht. Das teilte der Direktor des Russischen Hauses, Pawel Izwolskij laut der Nachrichtenagentur TASS laut der russischen Auslandswelle *RT* am Dienstag.
Das bereits unter der Corona-Kriegslüge nachweislich desaströs lügend agierende Regimeblatt *Tagesspiegel* hatte gemeinsam mit der problembehafteten *FAZ* behauptet, das Russische Haus sei eine Propagandaeinrichtung.
Die *Bild*-Zeitung aus dem Springerkonzern hatte DW-Journalist Anselm Lenz bereits im April 2020 wegen der Verteilung von Grundgesetzen vom Fleck weg und fälschlicherweise als »Kreml-Agenten« verleumdet. Die logische Schlussfolgerung: Der englischsprechende Westen – also im Wesentlichen Washington und der Tiefe Staat – haben vor vier Jahren den Weltkrieg ausgerufen, unter anderem gegen deutsche Journalisten, die Grundgesetze verteilen. (bat/jro) Foto: Merakom (schematische Straßenansicht)


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND
KOMM ZU DEN BESTEN! Komm zu uns!

EMA: ÜBER 20.000 TOTGESPRITZTE • ÜBER 600.000 SCHWERE NEBENWIRKUNGEN

IST DIE AfD DIE EINZIGE FRIEDENSPARTEI?

NEIN zum WHO Vertrag

3 WHO? NEIN DANKE
5 QUERDENKER-GERICHTSHOF
9 TRÄNENGAS
12 HIER IST DIE WISSENSCHAFT!

NICHTOHNEUNS.DE

»Ich stehe pos und Que

Robert Farle setzte sich als Abgeordneter massiv für die Aufklärung der Corona-Lü DW ist erstmals zum Gespräch im Trakt de

Ist der Preisträger der Republik ein »Gegengift« zum vermeintlichen »Linksruck« des Kriegswestens? Der Bundestagsabgeordnete Robert Farle wurde von der Kriegshetzerpostille Taz zuletzt als »Messdiener« bezeichnet. Foto: DW/Lenz

Seit zweieinhalb Jahrzehnten arbeite ich als Journalist und Kulturschaffender teils in vorderen Positionen, berichtete unter anderem aus der Bundespressekonferenz und kleinen und großen Sitzungen.

Seitdem ich die Corona-Lüge (mit) aufdeckte, ließen mich alte Bekannte – darunter auch Abgeordnete in deutschen Parlamenten– verleugnen, verfolgen, niederprügeln, foltern und verfemen. Ein Mann fiel mir dagegen seit 2020 positiv auf: Robert Farle streitet für Wahrheit, Freiheit, Recht, Frieden und Aufklärung. Sein Name ist Robert Farle. Vor Jahrzehnten holte er für die DKP »tief im Westen« als beliebter Kandidat sagenhafte 13 Prozent bei Kommunalwahlen. Für die AfD stritt er »in Blau« für den Frieden und das Wohl der Leute. Er gewann 2021 das Direktmandat in Mansfeld, Sachsen-Anhalt.

Aus dem Bundestagsbüro Farles bekam ich auf meine Anfrage zu diesem Interview eine positive Antwort und einen persönlichen Anruf des Abgeordneten. Ein Ereignis, das ich mir im Kalender mit Leuchtfarbe angemarkert habe. Ich lege der geschätzten Leserschaft dies dar, weil in der Zeitung das steht, was gelingt, was zu Stande kommt. Vieles an Frust, Verleugnung und Lügen ersparen wir uns und unseren Lesern; es muss nicht jede Posse ins Blatt. Aber soetwas summiert sich, staut sich auf. Als recht erfolgreicher Dramaturg hatte ich mit Kultursenatoren direkt telefoniert, als kritischer (»linker«) Inlandsredakteur auch kurzfristig Telefon-Interviews auch mit etablierten Politfunktionären bekommen, als Buchherausgeber mit Wissenschaftlern in aller Welt regelmäßig zusammengearbeitet.

Und auch schon als »kleines Licht« mit Anfang Zwanzig als Student und freier Mitarbeiter von Lokal- und Regionalzeitungen war ich – mit etwas Mut – zu Bürgermeisterinnen und sogar Ministerpräsidenten direkt vorgedrungen. Zugegeben: Das war vor oder noch kurz nach »Nine Eleven«, jenem 11. September 2001, als die US-Weltherrschaftskriege plus zunehmender Gleichschaltung mittels dreier, im freien Fall einstürzender Neubauten »eingeläutet« worden waren. Seither gibt es Themen, die mehr als verboten sind. Wer die benennt oder nur danach fragt, wird erst verleugnet und dann brutal verfolgt.

Ganz weit »vorn« und so verfemt wie nichts zuvor: Die Corona-Lüge. Zuletzt hatte mir das Büro von Sahra Wagenknecht (BSW), der ich zuvor noch im DW und auf Apolut.net gehuldigt hatte, über einen Anwalt in Barcelona (sic!) sogar die Klage angedroht. Es sollte sich als »kleiner Fehler im Betriebsablauf« herausstellen. Man kennt einander unter anderem aus der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz. Meine mehreren Interview-Anfragen wurden dennoch abgewimmelt. Doch der Widerstand ist tief verwurzelt – auch zum Beispiel in der neuen BSW-Partei. Wir setzen uns auf allen Ebenen durch. – Wird Farle neuer DW-Mitherausgeber?



Die Demokratiebewegung weicht nicht. Schmalkalden am 29. April 2024. Foto: Der Thüringer

DW ERSTMALS IM BUNDESTAG

Warum schildere ich dies so persönlich zur Einleitung eines Gespräches mit einem zwar herausragenden, beliebten, aber dennoch weit unterschätzten Menschen der deutschen Berufspolitik der real existierenden Bundesrepublik? – Nun, weil ein DW-Fragensteller, der zufällig auch noch Gründer der neuen Friedens- und Demokratiebewegung ist, erstmals seit vier Jahren in einen Raum der politischen Repräsentation des Staates gelassen wurde, den wir, auch ich, bezahlen, tragen und mit Legitimation versehen sollen.

Seit seinem Verlassen der AfD-Fraktion im zwischenzeitlichen Streit über das US-Kriegsbündnis Nato residiert Robert Farle in einem Hinterzimmer der Bundestagsabgeordneten. Für das Gespräch werde ich durch den Hintereingang in der Berliner Wilhelmstraße eingeschleust: »Ich bin hier Bundestagsabgeordneter, Herr Lenz und seine Zeitung sind meine Gäste, ich kann hier selbstverständlich die Presse empfangen«, überstimmt Farle den Sicherheitsmann an der Schleuse, der auf Feindabwehr getrimmt wurde.

Das passt leider ins Bild. Der Deutsche Bundestag errichtet sich derzeit vor den Augen von Besuchern aus aller Welt einen Burggraben quer durch den Platz der Republik (DW berichtete). Feindliche Architektur, eine physische Sperre, um damit das Volk und jeden einzelnen Staatsbürger von dem fernzuhalten, was auch ihm, auch uns, auch Ihnen, gehört.

Farle und ein Mitarbeiter nehmen in seinem Souterrain-Büro-Platz, bieten mir den Stuhl am Fenster an, durch das das Trottoir der Wilhelmstraße vor der verkehrsberuhigten britischen Botschaft auf halber Höhe zu sehen ist. Ein einsames Fahrrad rollt vorbei, ein Polizist in Söldnermontur kratzt sich an der dicken Weste. Glanz verströmt dieser äußerste Außenposten der BRD-Repräsentation nicht. Die Wahrhaftigen sitzen nicht in frisch gewienertem Glas- und Stahlpalästen, sondern zwischen Rauhfaser und Kaffeeweißer. An der Wand eine Landkarte von Deutschland.

DW: Herr Farle, steigen wir aktuell ein. Derzeit hält die Eskalation des Nahostkonflikts die Welt in Atem. Wie ist Ihre Position zu Gaza, Palästina, Israel – und warum?

Robert Farle: Die Situation im Gaza-Streifen ist hochkomplex und hat eine lange Vorgeschichte, ich beschäftige mich seit langer Zeit damit. Ich habe wenig Sympathie für die Hamas, aber ebenso wenig für die Regierung Netanjahu. Netanjahu ist in Israel hart umkämpft, es gibt eine große Demokratiebewegung in Israel. Völkerrechtswidrige Terroranschläge rechtfertigen auch keine Verbrechen gegen die Menschlichkeit bei der Bekämpfung der Terroristen. Ich sehe die Gefahr, dass die israelische Regierung den Terrorakt der Hamas dafür nutzen möchte, um sämtliche Gegner Israels – Hisbollah, Hamas und Iran – zu schwächen. Meine Position lautet daher zuallererst, darauf hinzuwirken, dass es nicht zu der von Ihnen angesprochenen Eskalation kommt. Allerdings

sitiv zu Selbst-erdenkern!«

im Landtag von Sachsen-Anhalt und heute als Bundestagsabgeordneter ge, für die Verhinderung des Spritzengenozids und den Frieden ein. er Berliner Bundestagsbüros! | Von Anselm Lenz

sehe ich diese aktuell noch nicht, da weder die USA, Russland noch der Iran ein Interesse an einer Eskalation haben. Man kann nicht eine Sache wie die Ereignisse vom 7. Oktober 2023 (DW berichtete; red.) als Vorwand nehmen und dann etwas genauso Schlimmes damit begründen.

DW: Was wäre Ihres Erachtens eine realistische Politik zu diesem Themenkreis?
Farle: Verständigung! Eine realistische Außenpolitik wäre es, wenn Deutschland eine neutrale Vermittlerrolle einnehmen würde. Was mit dieser Außenministerin wahrscheinlich nicht möglich ist. Die versteht nicht, was Diplomatie ist, sie fällt völlig aus in der Politik…

DW: … ist Annalena Baerbock auf Drogen gesetzt worden?
Farle: Das glaube ich nicht. Aber ich bin mir sicher, dass sie Phrasen wiederholt, die andere ihr eintrichtern. Man kann meines Erachtens erkennen, dass sie etwas abspult, aber nicht die Dinge versteht, die dahinter sind. Sobald sie frei sprechen muss, hat sie diese Aussetzer. Ich mache mich darüber nicht lustig, ich finde es einfach nur traurig. Man kann einen deutschen Staat nicht von jemanden vertreten lassen, der bei Leuten, die sich auskennen und Profil haben, nicht ernstgenommen werden kann. Das schadet uns ungemein, wir machen uns keine Vorstellungen davon. Zurück zu Ihrer Ausgangsfrage: Ich lehne neue Iran-Sanktionen der EU ab, weil sie nichts zur Lösung des Konflikts beitragen können. Ich lehne auch grundsätzlich ab, Waffen in Kriegsgebiete zu schicken. Das Existenzrecht Israels steht für mich außer Frage, desgleichen aber auch das Recht der Palästinenser einen eigenen Staat zu gründen. Ich befürworte eine Zweistaatenlösung zur Überwindung des Konflikts.

DW: Sie haben sich mehrfach deutlich zum Krieg in der Ukraine im Bundestag und in der AfD eingebracht. Warum?
Farle: Weil das Auswirkungen für alle Menschen im Land hat, da Deutschland mittlerweile der zweitgrößte Financier der Ukraine ist. Es ist wahnsinnig teuer, die zivile Versorgung in der Ukraine aufrechtzuerhalten. Das sind Milliarden, die uns das kostet, das sind deutsche Steuergelder, insgesamt etwa 240 Milliarden Euro inklusive unserer EU-Mittel für den Komplex. Dann haben wir das angebliche Sondervermögen von 100 Milliarden – das ist kein Sondervermögen, sondern sind Sonderschulden. Da wird unser Wohlstand aufgebraucht, und das, obwohl es nicht unser Krieg ist, denn Deutschland wurde nicht angegriffen. Dieser Krieg wurde dort hineingetragen von den USA, von der EU, aber auch von Deutschland.

Wir wissen von Frau Nuland (Victoria Nuland, Staatssekretärin unter anderem im US-Außenministerium 2013 bis 2021, 2023 bis 2024 Vizeaußenministerin; red.), dass die USA den Maidan mit fünf Milliarden finanziert hat. Neun Jahre lang ist die Ukraine zur zweitstärksten Armee in Europa hochzurüsten. Die Frage von Krieg und Frieden in Europa ist aber für uns alle ungeheuer wichtig. Deswegen steht das im Zentrum. Es ist nicht zuletzt eine soziale Frage. Krieg trifft immer die Ärmsten der Armen am härtesten und nicht die oberen Zehntausend. Anders als im Nahen Osten verfolgt die Bundesregierung in der Ukraine eigene geopolitische Ziele. Die Ukraine soll aus dem russischen Einflussgebiet herausgelöst und in das transatlantisch ausgerichtete Machtgefüge aus Nato und EU integriert werden.

DW: Was wäre Ihres Erachtens eine konsequente deutsche Politik im Umgang mit diesem andauernden Krieg?
Farle: Waffenlieferungen einstellen und Gelder zur Finanzierung des ukrainischen Staatshaushalts an die Bedingung der sofortigen Aufnahme von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen knüpfen. Eine EU-Aufnahme der Ukraine würde das finanzielle Ende der EU bedeuten und wird vermutlich deshalb auch niemals geschehen. Der Wirtschaftskrieg gegen Russland muss sofort beendet werden, da die Sanktionen in erster Linie Deutschland schaden, an Russland vorbeigehen und den USA einseitig nützen. Stichwort: LNG-Exporte in die EU. Es ist im deutschen Interesse, gut nachbarliche Beziehungen mit Russland zu haben und die preiswerten Energielieferungen für die Stärkung unseres Standorts und unserer Wirtschaft zu nutzen. Ich erinnere mich an die Friedensbewegung der 1970er Jahre und die Demonstration im Bonner Hofgarten. Es ist so gekommen, wie es für uns und ganz Europa das Schlimmste ist. Dieser Krieg ist lange vorbereitet worden und die ersten Schüsse sind nicht von Russland abgegeben worden. Man muss sich nur mal das Dekret 217 Selenskis (des ukrainischen Präsidenten; red.) vom März 2021 vor Augen führen, mit dem er unter anderem die Rückeroberung der Krim anstrebt. Die Ukraine muss sich mit Russland einigen oder Russland mit den USA. Je nachdem, wer dann Präsident ist, gibt es Möglichkeiten oder eben nicht. Wer sich mit der UNO-Charta beschäftigt, kann die Einseitigkeit unserer Medien nicht mitgehen. Die Masche ist: Es gibt immer einen neuen Hitler. Es ist immer das gleiche Schema, das der CIA, das die USA verbreiten – für den Krieg. Es geht unter anderem um Silizium-Vorkommen im Donbass. Es ist ein Proxy-Krieg, ein Stellvertreterkrieg. Eine Initiative wie jetzt in der Schweiz, wo ohne Russland über den Frieden mit Russland verhandelt werden soll, ist in meinen Augen zum Scheitern verurteilt, das wird zu nichts führen. Es geht nur mit Russland.

DW: Sie sind einer, wenn nicht der führende Bundestagsabgeordnete bei der Kritik und Aufklärung des Corona-Komplotts. Wie kam es dazu? Können Sie uns Ihre ersten Tage unter dem Corona- Ausnahmezustand schildern und Ihren Entschluss, den Mainstream nicht mitzugehen?
Farle: Als sich nach rund drei Wochen herausstellte, dass die Infektionssterblichkeit auf dem Niveau der üblichen Grippe liegt, war für mich klar, dass an der Geschichte etwas faul ist. Als der erste Lockdown in Sachsen-Anhalt ausgerufen wurde, haben wir von der AfD-Landtagsfraktion die erste Anti-Lockdown-Demonstration in Deutschland veranstaltet, während Jörg Meuthen (damals AfD-Parteivorsitzender; AfD) zwei Tage zuvor noch öffentlich schnelle und harte Lockdown-Maßnahmen gefordert hat.

DW: Herr Farle, wir danken Ihnen für dieses Gespräch und setzen es in der kommenden Ausgabe an dieser Stelle fort.

Die Fragen stellte Anselm Lenz. Teil zwei des Interviews erscheint in der kommenden Ausgabe DW173 am 11. Mai 2024



Zur Bundestagswahl 2025 will sich Farle (links im Bild mit DW-Journalist Anselm Lenz) mit einer Erststimmenkampagne in Mansfeld-Südharz zur Wiederwahl stellen. Foto: DW/Seb. Simons



Das Letzte – von Hendrik Sodenkamp

SEHR GEEHRTE LESERINNEN UND LESER,

am 1. Mai 2024 demonstrieren in der georgischen Hauptstadt Tiflis den Bildern zufolge Zehntausende gegen ein neues Gesetz der Regierung. Dieses beinhaltet, dass Organisationen, die Geld aus dem Ausland erhalten, dieses kenntlich machen müssen. Konkret geht es um »ausländische Einflussnahme«. Die Tagesschau und andere Regierungsorgane berichtet im erschrockenen Ton: »Es wurden Wasserwerfer, Schlagstöcke und Tränengas eingesetzt.« Die Demonstranten fürchteten, dass die Demokratie beschädigt wird, das Gesetz selber durch ausländische, nämlich russische Einflussnahme entstanden sei und eine Annäherung an Europa schwieriger werde.

Zumindest diese Angst kann man den geschlagenen Demonstranten in Georgien nehmen. Die europäische Union hat überhaupt kein Problem damit, ganz genau zu erforschen, wie die Auslandskontakte ihrer Bürger sind. Die Paranoia wuchert hier wie der Giersch. Als wir am 28. März 2020 auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin damit begannen, gegen den dreisten Verfassungsbruch der Coronamaßnahmen zu demonstrieren, hieß es »Kreml-Propagandisten schüren den Corona-Aufruhr«. Ne, ist klar. Dass eine Opposition hierzulande aus dem Ausland gesteuert sein, ist selbstverständlich: Immerhin leben wir im besten Deutschland aller Zeiten. Da kann doch nur der russische Barbar neidisch sein und hinter jedwedem Widerstand stehen.

Nun trifft es den Spitzenkandidaten der AfD wenige Wochen vor der Europawahl: Maximilian Krah. Auch er soll aus dem Ausland gesteuert sein. Dieses Mal aus China. Sein Mitarbeiter sollte ein chinesischer Agent sein. Und Krah davon gewusst haben. Die ganz große Koalition aus FDP, Grünen, CDU/CSU und SPD schlägt ins gleiche Horn: »Vaterlandsverräter, unpatriotische Gesellen, Auslandsknecht!« Nun kommt heraus: Der »chinesische Spion« spitzelte für den hiesigen Inlandsgeheimdienst. Der Verfassungsschutz hatte also einen Agenten im Vorzimmer eines aussichtsreichen Spitzenkandidaten. Macht das nun Krah zu einem Helden des Nato-Vaterlands im Sinne der Machthaber?

Für den Verfassungsbruch, nämlich Ausspitzeln eines Oppositionspolitikers, wird niemand die Verantwortung übernehmen, wetten? Es zeigt: Unsere Herrschaften haben überhaupt kein Interesse an Demokratie und westlichen Werten (Oh, welch Wunder!). Für ihren Machterhalt greifen sie zu den gleichen Mitteln wie der »autoritäre Osten«. Nur geben sie sich für ihre paranoide Bespitzelung keine Gesetze, wie es nun Georgien tat. Wer von »Verfassungsschutz«, NSA und CIA nicht sprechen will, sollte auch über Stasi und FSB schweigen. Oder als politisches Ziel: Verschwörungstheoretiker raus aus der Regierung!

Wir streiten als oppositionelle Journalisten mit offenem Visier und zwar für Verfassung, Rechtsstaat und die Republik. Das kann man von unseren »Qualitätsmedien« nicht behaupten, die sich von deutschen Regierungsgeldern und Oligarchengeld ordentlich durchpämpern lassen. Wenn Sie unsere Unabhängigkeit schätzen, können Sie diese Zeitung abonnieren und verteilen. Oder spenden. Das alles geht über die Internetseite www.demokratischerwiderstand.de und unser Konto:

Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
IBAN: IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding gegen obrigkeitsstaatliche Einflussnahme

Wir grüßen Sie hochachtungsvoll demokratisch
Hendrik Sodenkamp
DW-Chefredakteur

PETER HAHNE VERSENKT DAS »RIVERBOAT«

ZDF-Legende sprach in MDR-Talkshow einmal mehr Klartext. Brinkbäumer, Rakers & Co hatten ihm nichts entgegenzusetzen | Von Klaus Müller

Der Auftritt von *DW*-Unterstützer Peter Hahne bei *Riverboat* am 26. April sorgte bereits im Vorfeld gleichermaßen für »einen Sturm der Begeisterung ebenso wie einen Sturm der Ablehnung«, wie *MDR*-Programmdirektor und Ex-*Spiegel*-Chefredakteur Klaus Brinkbäumer, neben Kim Fisher Moderator der Sendung, offen zugab. In Zeiten, in denen *Cancel Culture* längst Normalität geworden ist und Selbstdenkende, die den gängigen Narrativen nicht folgen, im ÖRR trotz Verpflichtung zur Ausgewogenheit ausgegrenzt werden, war die Einladung Hahnes durchaus bemerkenswert. »Bei *Riverboat* herrschte immer eine gute Atmosphäre, aber diesmal spürte ich bei einigen eine gewisse Anspannung. Sie fragten sich sicher: Was wird Hahne heute wohl loslassen?, so der 71-Jährige gegenüber *DW*. Sein Auftritt hielt, was er versprach.

Die *ZDF*-Ikone lief sofort zur Höchstform auf und verwies gleich in seinem ersten *Statement* auf die fehlende Objektivität seiner ehemaligen ÖRR-Kollegen. Er habe seine Rolle als Nachrichten- und *Talk*moderator stets ernstgenommen und sich nie anmerken lassen, was er selbst über eine von ihm vorgetragene Meldung dachte. Judith Rakers, Ex-Nachrichten-Vorleserin der *Tagesschau*, die ebenso wie u. a. *ZDF*-Moderator Florian Weiss (*Volle Kanne*) zu den weiteren Gästen der Sendung zählte, nickte verlegen. Ob sie sich ertappt fühlte? Schließlich gehört sie zu den Moderatoren und Journalisten, die in der Vergangenheit mehrfach von der Bundesregierung Honorare erhalten haben sollen (*DW* berichtete), was nicht nur unanständig ist, sondern eine objektive Berichterstattung nahezu unmöglich macht. Hahne gab den Zuschauern folgende Empfehlung: Am Wahlabend sollten sie den Ton des Fernsehers ausdrehen und nur in die Gesichter der Moderatoren gucken, dann wüssten sie das Ergebnis.



Die Äußerungen von Peter Hahne bei *Riverboat* stießen nicht nur beim Studio-Publikum, sondern auch in den sozialen Medien auf breite Zustimmung. Foto: Screenshot MDR

Dann kam Brinkbäumer auf Hahnes aktuelles *Bestseller*-Buch »Ist das euer Ernst?!« zu sprechen und fragte: »Warum so wütend?« Hahne entgegnete: »Weil es die Realität ist« und erklärte, dass er sich mit der Ampel gar nicht mehr beschäftige, weil inzwischen jeder wüsste, dass diese irre ist. Das Publikum applaudierte begeistert. Der Gesichtsausdruck von Rakers in diesem Moment? Unbezahlbar! Ihr Lächeln wirkte zunehmend gequälter, ehe es ganz verschwand. Bei Weiss war es ähnlich. Aber statt sich ins Gespräch einzuschalten, schwiegen sie – vermutlich mangels Gegenargumenten. »Schade, dass ich erst in der Aufzeichnung die entsetzen Gesichter der rechts von mir sitzenden Moderatorenkollegen gesehen habe. Ansonsten hätte ich noch mehr aufgedreht und gefragt: Habt ihr mir denn nichts entgegenzusetzen?«, witzelte Hahne nach der Sendung.

Weitere Höhepunkte: Hahne bezeichnete den Verfassungsschutz um Präsident Thomas Haldenwang (CDU) als Stasi. Auch über sein Lieblingsthema, das *Gendern*, ließ er sich aus: »Wir haben Beipackzettel in *Gender*sprache, aber keine Medikamente – vor allem für Babys nicht. Wir haben *Gender*ansagen im Zug, aber der Zug kommt nicht pünktlich.« Seine Forderung: »Leute, kümmert euch um das Wesentliche.« Vor allem Migranten sollten erstmal »normales Deutsch« lernen, bevor man sie »mit diesem Irrsinn« konfrontiere. Weiter kritisierte Hahne die fehlende Debattenkultur im ÖRR. Und Sachsen sei für ihn das »hellste Land Deutschlands«. Die Bürger in der ehemaligen DDR hätten ganz andere Antennen für das, was gerade passiert, und den Mut zum Widerstand.

Daran anschließend kam Hahne auf das verloren gegangene Vertrauen der Menschen zu sprechen: »Bis zu 80 Prozent der Leute sagen, sie haben kein Vertrauen mehr in Medien und Politik.« Dies sei das schlimmste Problem der Gegenwart. Doch Brinkbäumer widersprach vehement und offenbarte damit, wie schlecht er informiert ist. Sein eigener Arbeitgeber, der *MDR*, berichtete erst im Januar von dem von der sächsischen Landesregierung vorgestellten *Sachsen-Monitor* 2023. Aus diesem geht hervor: 89 Prozent der Befragten haben kein Vertrauen in die politischen Parteien, 85 Prozent kein Vertrauen in die Medien.

Nach *DW*-Informationen brodelte es bereits am darauffolgenden Wochenende in der *MDR*-Führungsetage, weil Brinkbäumer es nicht geschafft hatte, Hahne zu stellen. Ein *MDR*-Mitarbeiter kommentierte spöttisch: »Kampfauftrag nicht erfüllt.« Das Gegenteil war der Fall: Hahne hatte das *Riverboat* gnadenlos versenkt!



Sie schweigen, aber die Minen von Hahnes Moderatorenkollegen Judith Rakers und Florian Weiss (M.) verfinsterten sich von Minute zu Minute. Foto: Screenshot MDR

Hin Da! KULTURKALENDER

04.05.2024 • Woltersdorf Hummelchen, Fang–schleusenstr. 2, 15569 Woltersdorf • KONZERT • »Benefizkonzert« mit Krähe, Bernd der Trommler und weiteren Überraschungsgästen • 14:00 Uhr • Eintritt frei, Spenden erbeten

11.05.-12.05.2024 • Berlin; genauer Ort wird Teilnehmern per Mail bekannt gegeben • BUCHMESSE • das Debatten Netzwerk Idearium, gegründet von Thorsten Weiss lädt ein zu Podiumsdiskussionen, Lesungen, Vorträgen und Info Ständen von Verlagen • Sa, 10:00 Uhr – 20:00 Uhr, So, 10:00 Uhr – 16:00 Uhr • Eintritt: 15€ bar vor Ort nach Anmeldung unter thorsten-weiss.de

15.05.2024 • Bremen; Heinrichstr. 11, 28203 Bremen • VORTRAG • »Droht uns eine Gesundheitsdiktatur? Der WHO-Vertrag« von Dr. Walter Weber und Dr. med. Jürgen Borchert, anschliessend Diskussion • 18:00 Uhr • Eintritt frei

15.05.2024 • Dresden; Altstadt, exakter Ort wird bekannt gegeben • VORTRAG • »Viren sind nicht das Problem ... bleiben Sie besonnen« von Dr. Wolfgang Wodarg • 19:00 Uhr • Eintritt frei, Spenden willkommen; Anmeldung unter team-marcus.de/termine/premiere-wolfgang-wodarg/

16.05.2024 • Berlin; Al Hamra, Raumerstr. 16, 10437 Berlin • KONZERT • Rotatonics, le plus petit grand orchestre • 19:30 Uhr

23.05.2024 • Berlin; Rudolf Steiner Haus, Bernadottestr. 90, Haus 92, 14195Berlin • VORTRAG • »Gesundheitliche Selbstbestimmung – Wege und Hindernisse« von Wolfgang Wodarg, anschliessend Diskussion • 19:00 Uhr • Eintritt frei, Spenden erbeten (ca. 20€ pro Person) • Anmeldung unter anmeldung@kulturkreis-pankow.de

24.05.-25.05.2024 • Braunsbedra; Pfännerhall, Grubenweg 4, 06242 Braunsbedra • KONGRESS • NuoViso präsentiert den NuoFlix Kongress mit Robert Stein, Frank Stoner, Charles Fleischhauer, Katrin Huss, Markus Krall, Wolfgang Effenberger, Tom Lausen, Hans-J. Maas, Werner Kirstein • Tickets: 145 € unter nuovisoshop.de

27.05.2024 • Dresden; KulturHaus Loschwitz, Friedrich-Wieck-Str. 6, 01326 Dresden • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von Uli Masuth • 20:00 Uhr • Tickets unter kabarett-musik.de

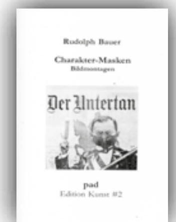
28.05.2024 • Überlingen; Buchhandlung Odilia; Münsterplatz 10, 88662 Überlingen • VORTRAG • »Gesundheitliche Selbstbestimmung – Wege und Hindernisse« von Wolfgang Wodarg, anschliessend Diskussion • 19:00 Uhr • Tickets: im Vorverkauf 30 € unter www.stattzeitung.org oder an der Abendkasse 35€

01.06.2024 • Deggendorf; Stadthalle, Edlmairstr. 2, 94469 Deggendorf • FESTIVAL • »Fair ändern« Vorträge von Christian Kreis, Christian Felber und Thomas Hann, Musik von Rairda • 15:00 Uhr – 21:00 Uhr • Tickets: 25 € unter deggendorfmiteinander.de

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie uns eine E-Mail an *veranstaltung@demokratischer-widerstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



CHARAKTER-MASKEN
Bildmontagen
Rudolph Bauer

Pad-Verlag, bestellbar auf demokratischerwiderstand.de



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST.
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



CHRONIK EINER ABRECHNUNG.

Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



DIE CORONA-LITANEI – Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens
Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



DAS CORONA-ABC: Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



CORONA. INSZENIERUNG EINER KRISE.
Prof. Klaus-Jürgen Bruder, Prof. Almuth-Bruder Bezzel, Dr. Jürgen Günther (Hgg.)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-5-3



WIE KONNTE ES NUR SO WEIT KOMMEN?

Gunner Kaiser (Hg)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-3-9



SCHWARZBUCH CORONA.
Erster Band. Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses
Uli Gellermann, Tamara Ganjalyan (Hgg.), Sodenkamp & Lenz Verlagshaus,
ISBN: 978-3-9822745-1-5



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2020/21
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen von u.a. Beate Bahner, Robert F. Kennedy Jr., Daniele Ganser, Prof. Giorgio Agamben
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-2-2



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2021/22
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen u.a. von Nina Adlon, Prof. Hans-Jürgen Bandelt, Ken Jebsen Milosz Matuschek
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-4-6

MACHEN WIR SIE DICHT, DIE BERLINER SPARKASSE!

KOLUMNE MEDIEN

von Anselm Lenz
(Urlaubsvertretung Prof. Meyen)

Es scheint schon wieder loszugehen: Zuletzt wurde der konzernunabhängigen Journalistenplattform *Apolut.net* die Bankverbindung gekündigt.

Viele Aufklärungsmedien berichten davon, zumeist aber schüchtern: Das Terrorregime lässt unliebsamen Journalisten einfach die Bankverbindungen dichtmachen. Am kriminellsten agiert die Berliner Sparkasse. DW liegen vier gerichtliche Aktenordner vor, die beweisen, wie Sparkassen und das Terrorregime seit 2020 »zusammenarbeiten«. Sparkassen-Manager und Inlandsspitzel sind teils in »Chathaften« Plauderreien per E-Mail verbunden. An die Akten gelangte DW, weil einer britischen Künstlerin in Berlin unterstellt wurde, sie finanziere »Demos von Corona-Leugnern«. Der Hintergrund: Diese Wochenzeitung erzielte 2020 aus dem Stand Auflagenzahlen und Verbreitung mit der sie unter anderem die *Bild am Sonntag* überholte. Die Künstlerin und Betreiberin eines Ateliers mit Unterricht in Ölmalerei ist meine Ehefrau.

ANGRIFF AUF PRESSE, KUNST, KULTUR, BETRIEBE, MENSCHEN – UND LEBEN

Doch damit nicht genug des Terrors und der Spaltungsversuche bis in die Familien hinein: Dieser Zeitung, Unterstützerverein und Verlag wurde ein Konto nach dem anderen ohne Angabe von Gründen geschlossen (siehe S. 2 und 14). Wir haben es einer großen, aktiven und handlungsfähigen Leserschaft zu verdanken, dass wir trotzdem weitermachen konnten – DANKE! – Wir werden auch zu diesem Themenkreis noch tiefer in die Aufklärung einsteigen, unter anderem mit den Kollegen vom Online-Magazin *Multipolar*. Keiner, der sich an Zerstörungsversuchen oppositioneller Journalisten, Zeitungs-, Buch- und Onlineverlagen beteiligt, darf sich mehr sicher fühlen! Fangen wir bei der Berliner Sparkasse an!

Anselm Lenz, geboren 1980 in Hamburg, war schon Marinesoldat, Metallarbeiter, Redenschreiber, Staatstheaterdramaturg, Inlandsredakteur – und Hausmann. Seit 25 Jahren publiziert er als Journalist und Buchautor, heute ist er zudem Demokratiebewegungsgründer, Verleger und Vater.



WIR HABEN UNS ENTSCHWURBELT

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

Von Klaus Ebbert

Immer mehr sogenannte »Verschwörungstheorien« stellen sich mittlerweile als wahr heraus. Man könnte es, um in diesem Jargon zu bleiben, als eine Art »Entschwurbelung« bezeichnen. Eine durchaus treffende Wortschöpfung, die mich zu folgendem Gedicht inspiriert hat. Mögen sich viele, die in den letzten Jahren als Schwurbler, Leugner oder Schlimmeres diffamiert wurden, in diesen Versen wiederfinden. Wir alle haben Freunde verloren, aber auch viele neue (echtere) dazu gewonnen. Interessanterweise hat auch Jesus ganz Ähnliches denen prophezeit, die in seiner Nachfolge u. a. gegen den Strom des religiös-gesellschaftlichen Irrsinns schwimmen (vergl. Mk.10,29-30). Jetzt aber zum Gedicht ...

Wir haben uns entschwurbelt
das Rad neu angekurbelt
zum wirklich wahren Leben hin
denn das allein, das macht nur Sinn
Diese Zeit trennt Spreu von Weizen
schafft es, den Lack abzubeizen
den Lack der Oberflächlichkeit
die Spreu aller Gleichgültigkeit
Unsere Sinne sind geschärft
auch wenn's manche hat genervt
Wir begreifen und durchschauen
jene, die die Seelen klauen
Wir sind so was von aufgewacht
haben den Mist nicht mitgemacht
und waren schon ganz schön unbequem
waren denen überhaupt nicht genehm
die versuchten, uns zu verführen
Sie ließen uns das Böse spüren
Doch wir haben widerstanden
all diesen fiesen Banden
der Lügner und Verführer
dieser Spaltungsfeuerschürer
Haben neue Freunde gefunden
und uns eng zusammen gebunden
Nein, diese Jahre sind nicht verloren
Wir fühlen uns wie neugeboren
Ja, es war nicht immer leicht
und ja, es hat uns schon gereicht
Wir wurden gefährliche Leugner genannt
waren als freche Querdenker bekannt
Jetzt sind wir so was von stolz darauf
auf unseren Gegen-den-Mainstream-Lauf
Denn vieles hat sich als wahr erwiesen
entpuppte sich als Fake-Scheinriesen
Wir sind schon lange auferweckt
haben uns so gar nicht versteckt
Suchten das Licht statt Dunkelheit
Sind zu neuen Wegen bereit
Die alten Brücken wurden abgebrochen
Bessere gebaut in wenigen Wochen
Ganz neu wollen wir uns ausrichten
die neuen Freunde um uns sichten
Wir wollen singen und musizieren
ja, tanzen durch alle offenen Türen
Wir lassen uns nicht niederringen
Das wird denen niemals gelingen
Lasst uns den Weg gemeinsam gehn
Der Wind des Lebens wird uns umwehn
Und alle, die den Dreh noch kriegen
heraus aus Lügen und Intrigen
die werden uns willkommen sein
Wir laden sie zum Mitgehn ein
So werden wir zu Friedensstiftern
zu frohen Hass- und Angstentgiftern
Solche Gemeinschaft wollen wir pflegen
ja, das wird allen zum großen Segen

Der Autor war Diplom-Sportlehrer im Schuldienst und hat bereits mehrere eigene Lyrikbände herausgegeben. Er lebt mit seiner Familie im Westmünsterland.



SPORT MIT BERTHOLD

QUERDENKEN HAT DIE MENSCHEN VERBUNDEN

Störfeuer gehören zum Alltag eines Profifussballers. Die Medien versuchen ja immer, irgendwelche reichweitenstarke Themen zu kreieren: Das Spieler-Trainer-Verhältnis, mögliche Wechselgedanken, die Schuldfrage in Krisenzeiten, die Unzufriedenen, Konflikte, Abweichler, Prämien und Spielerfrauen ... Als Profi muss man lernen, sich in der Spielvorbereitung nur auf das Wesentliche zu konzentrieren, auf das Spiel, auf den Gegner, auf den Matchplan und die eigene Aufgabe.

Was die Alternativmedien im Internet angeht, habe ich meinen Konsum auf fast Null runtergefahren. Es bringt energetisch nichts, sich jeden Tag mit allerlei flimmernden *News* und Meinungen zu beschäftigen, da meiner Meinung nach vieles konstruiert wird und sich viele Akteure benutzen oder kaufen lassen. Wir versuchen lieber, uns mit Gleichgesinnten zu vernetzen und auszutauschen. Alles andere ist Zeitverschwendung!

Querdenken hat die Menschen mobilisiert und verbunden. Ich glaube, das Beispiel hat gezeigt, was in Deutschland möglich ist. Jetzt müssen die Menschen auf lokaler Ebene dezentral aktiv werden. Ich glaube, dass Veränderungen in dem eigenen Lebensraum am einfachsten umzusetzen sind, weitaus einfacher als auf der »großen Bühne« in Berlin. Das größte Gut des Menschen ist seine eigene Gesundheit und seine Freiheit. Das steht auch in der Verfassung und hier darf es keinen Spielraum für Dritte geben.

Die Fußballeuropameisterschaft wird am 14. Juni in München eröffnet. Daß Russland von der Möglichkeit sich zu qualifizieren ausgeschlossen wurde, ist eine große Sauerei und hat mit den Grundsätzen des Sports nichts zu tun. Hier sind die Verbände nur Erfüllungsgehilfen der Politik – von wegen Sport und Politik seien getrennt zu betrachten! Mit der Ukraine, Georgien und Rumänien haben sich immerhin Teams aus Osteuropa qualifiziert; mit Ungarn, Kroatien, Tschechien, Serbien, Slowenien, Polen und der Slowakei sind mittelosteuropäische Länder dabei, mit Albanien und der Türkei überwiegend islamische Länder aus Südosteuropa.



Unvergessen: Der 1. August 2020 in Berlin mit mindestens 1,3 Millionen »Querdenkern«, 800.000 allein laut Polizeimeldung vom Mittag des Tages. Ab 2. August 2024 soll Berlin wieder zum »Hotspot« der Demokratie werden. Foto: CC/NichtOhneUns.de

»Diese Zeitung wird es noch lange geben!«, so Thomas Berthold. Er ist u. a. Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

»DURCH KEINE URSACHE IN DER WELT KANN DER MENSCH AUFHÖREN, EIN FREI HANDELNDES WESEN ZU SEIN.«
IMMANUEL KANT

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*